

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.00 Reichsmark, vierteljährlich 5.00 Reichsmark, halbjährlich 10.00 Reichsmark, jährlich 20.00 Reichsmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Sieben und Achnungen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und „Kraut- und Rübenküche“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telekomm.-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 50 Pfennig, Reflektierte 1.00 Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das Festschriebene Wort 25 Pfennig (außer zwei Festschriebene Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenanzeige das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 1/2 Uhr früh bis 9 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292-297.

Sonnabend, den 27. März 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertriebsstellen: Berlin SW 68 - Kantons: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Markt 6; Disconto-Gesellschaft, Treppentreppe Lindenstr. 3.

Konstantin Fehrenbach gestorben.

Ehrung im Reichstag.

Freiburg i. Br., 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Heute nachmittag kurz vor 3 Uhr ist Reichskanzler a. D. Fehrenbach verstorben, nachdem schon in der Nacht der Todestampf eingelegt hatte. Die Beisetzung Fehrenbachs erfolgt am Montag in den frühen Nachmittagsstunden auf dem hiesigen Friedhof.

Konstantin Fehrenbach war, am 11. Januar 1852 in Wellendingen im badischen Schwarzwald als Sohn eines Volksschullehrers geboren. Nach Absolvierung des Gymnasiums in Freiburg studierte er zunächst Theologie, wandte sich aber dann dem Studium der Rechtswissenschaft zu. 1882 ließ er sich als Rechtsanwalt in Freiburg nieder. Seit 1884 war er ununterbrochen an zahlreichen Stellen im öffentlichen Leben tätig, so als stellvertretender Obmann des Stadtverordnetenvorstandes und als Stadtrat in Freiburg, als Kreisabgeordneter und Abgeordneter der Stadt Freiburg in der zweiten badischen Ständekammer, 1903 kam er in den Reichstag.

In den breiten Lichtkreis der Reichspolitik ist aber Fehrenbach eigentlich erst als Sechzigjähriger getreten. Am 3. Dezember 1913 beriet der Reichstag Interpellationen über die Vorfälle in Zabern im Elsaß, wo das Militär durch eigene Schuld in Konflikt mit der Bevölkerung gekommen und mit schärfsten Mitteln gegen sie vorgegangen war. Nach herausfordernden Erklärungen des Kriegsministers v. Falkenhayn nahm ein bis dahin ziemlich unbekannter Zentrumabgeordneter das Wort und verließ der Entrüstung, die die Mehrheit des Hauses erfüllte, in so kraftvoller und dabei formvollendeter Weise Ausdruck, daß ihm tosender Beifall des Zentrums und der Parteien links von ihm dafür dankte. Das war Konstantin Fehrenbach.

Dieser erste Eindruck blieb, wurde aber durch die folgende rasche Laufbahn des Redners nicht gesteigert. Fehrenbach war und blieb der Mann, der es wie wenige verstand, in denkwürdigen Situationen Worte zu finden, die ihnen nach dem Gefühl eines großen Teils der Zuhörer gerecht wurden. Seine Begabung als Sprecher und sein süddeutsch echt demokratischer Sinn machten ihn als Präsidenten des Reichstags und später der Nationalversammlung zu einer würdigen Erscheinung. Immer fand er das Wort der Stunde — freilich fand er nicht immer den Entschluß, den der geschichtliche Augenblick forderte. Als erster bürgerlicher Reichskanzler der Republik — seit Juni 1920 — versprach er, nicht gegen die Arbeiterschaft regieren zu wollen, und bemühte sich, trotz des volksparteiischen Einschlags seines Kabinetts, dieses Versprechen zu erfüllen. In der Außenpolitik aber erlitt er Schiffbruch; er vermochte nicht, das Londoner Ultimatum abzuwenden, und so übernahm Wirth von ihm eine schwere Erbschaft.

Später, als Vorsitzender der Zentrumsfraktion hat er, seinem Temperament gemäß, alle Richtungen und Strömungen seiner Partei zusammenzuhalten versucht und wo er

konnte, Gegensätze ausgeglichen. Als sich Wirth großem vom Rechtskurs des Zentrums trennte, blieb Fehrenbach sein Führer oder wenigstens sein repräsentativer Sprecher. Dadurch kam er in Widerspruch mit sich selbst. Mit dem Kampf gegen den Militarismus hatte er seine Laufbahn in der Reichspolitik begonnen, er hatte seitdem als einer der besten Zentrumsdemokraten gegolten; wie wenig er zu einem Bundesgenossen der Westart und Hergart taugte, fühlte er wohl selbst. Und so mag er den Zusammenbruch der Rechtskoalition als eine Befreiung empfunden haben.

Konstantin Fehrenbach war es nicht gegönnt, seine Partei auf die Wege von Weimar zurückzuführen, wie er es wohl gerne gewollt hätte. Ob sein Nachfolger im Vorhitz der Zentrumsfraktion auch diesen Willen haben wird? Das Zentrum, das in den letzten Jahren so viele seiner Führer verloren hat und das seinen besten volkstümlichsten Mann in die Wüste gehen ließ, steht jetzt vor einer schwierigen Entscheidung.

Als die Nachricht von dem Tode Fehrenbachs im Reichstage bekannt wurde, gedachte der Präsident Genosse Lübe des Verstorbenen mit folgenden Worten:

„Meine Damen und Herren! Ich habe die traurige Pflicht, Ihnen zu verkünden, daß eines der angesehensten Mitglieder dieses Hauses seine Augen für immer geschlossen hat. Konstantin Fehrenbach ist zu den Großen seiner Partei verbannt, zu Peter Spahn, Trimborn und den anderen. Unser tiefstes Mitgefühl gilt auch der Zentrumsfraktion, die so viele ihrer besten Mitglieder in der letzten Zeit verloren hat. Aber das ganze Volk trauert um ihn, denn dem Volke zu dienen, ein Sohn des Volkes zu sein, das war von früh an sein Ziel gewesen. Schon als Zweihundertzweijähriger ist er in den Stadtrat seiner Vaterstadt eingetreten. Er wurde dort auf den Präsidentenstuhl berufen, auch in der 2. badischen Kammer und in der Nationalversammlung zum Präsidenten. In jahrzehntelanger parlamentarischer Geschichte ist sein Name tief eingegraben. In der schwersten Zeit des Krieges hat er den Platz im Reichstag eingenommen, den vor ihm Kämpf inne hatte. Als das Schicksal Deutschlands unabwendbar war, hatte er sich fest und entschlossen für den neuen Staatsform zur Verfügung gestellt und der Republik gedient. In der schwersten Zeit hat er den Mut zur Verantwortung behalten, selbst in einer Zeit, wo so wenig Verantwortungsgefühl übrig war. Als er auf den Platz des Reichskanzlers berufen wurde, nach dem er sich niemals gedrängt hatte, schien es, als ob er seinen goldenen Humor verlieren sollte. Aus jener trüben Zeit stammt das Bild, das Lepos uns von ihm hinterlassen hat. Aber auch diese Zeit hat ihm die tiefe Bescheidenheit seines Wesens nicht rauben können, und ich bin ihm persönlich zu größtem Danke verpflichtet. Als er sein Kanzleramt verließ, hat sich der Siebzehnjährige von neuem zur Verfügung gestellt, als ihn seine Partei an ihre Spitze rief. „Ich will mich nicht niederlegen, bevor mein Haus nicht bestellt ist.“ Mit diesem Bekenntnis ist er aus diesem Hause gegangen. Wenn immer sein Name genannt wird, so wird man ihn mit Achtung und Dankbarkeit nennen. Sie haben sich meinen Worten angeschlossen, ich danke Ihnen.“

von Passau aufgehoben, und haben wie drüben wird still, aber eifrig an Vorbereitungen für die Annäherung und spätere Vereinheitlichung der Gesetze und der öffentlichen und kulturellen Einrichtungen für den Augenblick gearbeitet, in den die Hindernisse fallen werden.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš war vor kurzem in Wien, und die Reden und sonstigen Neußerungen bei dieser Gelegenheit sind in der Wärme des Tons erheblich über das gewohnte Maß hinausgegangen. Es gibt Vermutungen, daß man die Erschütterung des Gefüges der kleinen Entente irgendwie durch eine Einbeziehung Deutschösterreichs ausgleichen wolle. Die kaum lebensfähige, nur durch fremde Finanzhilfe über Wasser zu haltende Alpenrepublik ist selbstverständlich zu jeder Abmachung und Kombination bereit, die den Frieden in Mitteleuropa sichert. Niemals aber würde das Volk Deutschösterreichs irgendeine Politik dulden, die auch nur im entferntesten den Anschein hervorzurufen könnte, als wäre sie eventuell gegen das Deutsche Reich gerichtet! Dr. Kamet besucht auf der Rückreise von Berlin nach Wien die Führer der tschechoslowakischen Republik in Prag. Wir können nur wünschen und begehren es, wenn — nach früheren bösen Zeiten — zwischen Prag und Wien gute Beziehungen hergestellt werden, wie wir sie auch zwischen Prag und Berlin wünschen.

Von dem Charakter der Beziehungen Berlin-Wien ist überhaupt nicht zu reden. Wir sind ein Volk, wir sprechen eine Sprache, wir teilen in vieler Hinsicht dasselbe Los, und darum wird ein amtlicher Vertreter Deutschösterreichs in Berlin niemals als ein Fremder von Distinktion betrachtet werden, sondern als der Repräsentant eines Volkes, das seinen stärksten Wunsch immer mit den Worten ausdrückt: Wir wollen heim ins Reich!

Der Steuerabbau.

Wo ist der „Steuerraub“?

Die Steuerkrise ist gelöst. Heute Sonnabend, spätestens aber Anfang der nächsten Woche, wird das Steuermilderungsgesetz, wenn auch in wesentlich veränderter Form, vom Reichstage verabschiedet werden. Die in dem Gesetz vorgesehenen steuerlichen Veränderungen bzw. Milderungen können also rechtzeitig zum 1. April in Kraft treten. Dieses Ergebnis ist erzielt worden, nachdem durch die Verständigung zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie eine tragfähige Basis gefunden worden war.

Die neue Vorlage trägt einen wesentlich anderen Charakter als die ursprüngliche Vorlage der Reichsregierung. Diese war auf dem richtigen Zeitgedanken aufgebaut, daß der Beitrag, den die Reichskasse entbehren könne, verwendet werden müsse zur Senkung einer einzigen Steuer, nämlich der Umsatzsteuer, verbunden mit der völligen Beseitigung der fälschlich Zugsteuer genannten Herstellersteuer. Auf diesem Wege sollte der Versuch gemacht werden, die Preisgestaltung zu beeinflussen, Produktion und Absatz anzulegen und die Milderung der Krise von dieser Seite her zu erreichen. Daneben spielte die Änderung der Kapitalverkehrssteuer zur Erleichterung von wirtschaftlich notwendigen Fusionen, sowie die übrigen Maßnahmen nur eine untergeordnete Rolle.

Durch das Kompromiß der Reichsregierung mit den Regierungsparteien ist dieser Grundgedanke verlassen worden. Statt der Senkung einer einzigen Steuer, nämlich der Umsatzsteuer, hat man sich auf die Beseitigung der Biersteuer und die Verschiebung der Erhöhung der Biersteuer eingelassen. Damit ist der Beitrag, der für die Ermäßigung von Steuern überhaupt zur Verfügung stand, eingeschränkt worden. Da ferner die seit Wochen unveränderte hohe Zahl von Erwerbslosen erhöhte finanzielle Anforderungen an die Reichskasse stellt, so kamen auch aus finanziellen Gründen Bedenken gegen das ursprünglich in Aussicht genommene Maß von Steuerentlastungen. Für die von der Sozialdemokratie gewünschte Ermäßigung der Umsatzsteuer auf 1/2 Proz. war somit eine Mehrheit nicht zu erreichen, zumal die Deutschnationalen die Senkung der Umsatzsteuer überhaupt ablehnten.

Den volkswirtschaftlich richtigen Gedanken der Steuerreform durchzuführen, war deshalb die Sozialdemokratie nicht imstande. Angesichts dieser Lage mußte sie den Versuch machen, die Steuerreform wenigstens so zu beeinflussen, daß sie nach der sozialen Seite hin verbessert werde. Sie bekämpfte deshalb mit aller Entschiedenheit die deutschnationale Absicht, die großen Einkommen und Vermögen zu schonen, und versuchte in Verhandlungen folgende Forderungen durchzusetzen:

- 1. ausreichendere Fürsorge für die Erwerbslosen, insbesondere durch Verlängerung der Unterstützungsdauer um 13 Wochen und Wiedereingliederung der ausgesteuerten Erwerbslosen in die Erwerbslosenfürsorge;
2. Begrenzung der Miete auf 100 Proz. bis zum 1. April 1927;
3. keine allgemeine Senkung der Vermögenssteuer;
4. Einführung einer Sektsteuer, Beseitigung der Salzsteuer und Ermäßigung der Zuckersteuer.

Diese Forderungen konnten zu einem erheblichen Teil durchgesetzt werden. Die verlängerte Unterstützungsdauer für die Erwerbslosen nebst den dazugehörigen sonstigen Abänderungen der Erwerbslosenfürsorge wird wie bisher nach näherer Vereinbarung zwischen den Parteien und der Regierung in den nächsten Tagen auf dem Verordnungsweg angeordnet werden. Die Erhaltung der Friedensmiete auf ein weiteres Jahr ist zugestanden worden. Nur soweit in einzelnen süddeutschen Ländern die Mindestbeträge für den allgemeinen Finanzbedarf und den Wohnungsbau noch nicht erreicht sind, kann die Miete über 100 Proz. hinausgehen. Es handelt sich dabei aber nur um ein Ueberschreiten von wenigen Prozenten und in wenigen Fällen. Für Preußen, Sachsen und andere wichtige Industriestaaten werden die 100 Proz. nicht überschritten. Auch die allgemeine Verminderung der Vermögenssteuer konnte vermieden werden. Es ist festgelegt, daß das Mindesteinkommen der Vermögenssteuer, das auf 400 Millionen geschätzt war, auch wirklich erreicht werden muß, und daß gegebenenfalls eine Nacherhebung in Höhe des fehlenden Betrages erfolgt. Die Sektsteuer wurde nach dem sozialdemokratischen Vorschlag beschlossen. Die Aufhebung der Salzsteuer tritt am 1. April 1926 in Kraft. Die Zuckersteuer wird in den nächsten Monaten fühlbar ermäßigt werden, und zwar in dem Maße, wie sich der Ertrag des Branntweinmonopols steigern läßt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigte die Zustimmung zu dem Steuermilderungsgesetz unter der Bedingung, daß die vorstehenden Zugeständnisse darin enthalten sind. Sie verkannte dabei keineswegs, daß das abgeänderte Steuermilderungsgesetz, volkswirtschaftlich gesehen,

Dr. Kamet in Berlin.

Offizieller Besuch des österreichischen Bundeskanzlers.

Zu mehrtägigem Aufenthalt trifft Bundeskanzler Dr. Kamet, der Vorsitzende der deutschösterreichischen Bundesregierung, am heutigen Sonnabend morgen in Berlin ein. Die Unselbstständigkeit Deutschösterreichs, das unter schwerem Zwang gehalten wird, trägt allein Schuld, wenn so selten offizielle Besuche leitender Staatsmänner unseres Bruderlandes, und umgekehrt, zu melden sind. Ginge es nach dem Willen des deutschösterreichischen Volkes, so wäre seine Regierung längst eine deutsche Länderregierung, deren Vertreter ständig im Reichsrat säßen wie seine Abgeordneten im Deutschen Reichstag. Ginge es auch nur nach dem Gefühl des Volkes der rein deutschen Republik an der Donau, so müßte eine der ersten Handlungen eines neuen Regierungschefs — solange der gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand besteht — sein Besuch bei der Reichsregierung in Berlin sein. Man kann Herrn Kamet nicht einen Vorwurf daraus machen, daß höhere Gewalt die staatliche Betonung eines Verhältnisses hindert, das längst zwischen den Völkern besteht.

Selbst ein so wenig anschlussfreundlicher Politiker wie der Führer der Christlichsozialen in Deutschösterreich, Alt-Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel, hat erst in diesen Tagen wieder in einem Interview erklärt, daß eine Volksabstimmung über die Anschlussfrage in Deutschösterreich eine nahezu hundertprozentige Mehrheit dafür ergeben würde. Aber das Selbstbestimmungsrecht ist dem 6-Millionen-Volke immer noch versagt. Immerhin ist seit dem vorigen Sommer wenigstens der Sicht-merkschwanz zwischen den Deutschen dies- und jenseits

feinstenwegs Ideal ist und daß eine erhebliche Senkung der Umsatzsteuer zweckmäßiger wäre als die jetzt beschlossenen Maßnahmen. Durch die ausreichendere Fürsorge für Erwerbslose, durch die Sicherung der Friedensmiete auf ein weiteres Jahr — was noch vor wenigen Wochen von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt worden ist — und durch die Erhaltung der Vermögenssteuer in voller Höhe sowie durch die Beseitigung der Salzsteuer, die künftige Ermäßigung der Zuckersteuer und die Einführung einer Sektsteuer aber ist jedenfalls der soziale Charakter der neuen Vorlage verbessert und diese für die Sozialdemokratie annehmbarer gemacht worden.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Kommunisten, wie üblich, von „Steuerraub“ schreien und die Sozialdemokratie der Teilnahme daran bezichtigen. Aber was wird diesmal eigentlich „geraubt“? Wenn sich die kommunistischen Arbeiter diese Frage vorlegen, so kommen sie zu folgendem Ergebnis: „Geraubt“ wird ein Viertel Prozent Umsatzsteuer, deren völlige Beseitigung von den Kommunisten verlangt wird. „Geraubt“ wird die Weinsteuer, deren Beseitigung die Kommunisten ebenfalls beantragt hatten. „Geraubt“ wird die Erhöhung der Biersteuer, für deren völlige Aushebung die Kommunisten ebenfalls eintreten. „Geraubt“ wird die Möglichkeit, die Miete über 100 Proz. zu steigern. „Geraubt“ wird die Salzsteuer, die seit 1867 bestand und deren Aufhebung seit vielen Jahrzehnten angestrebt wurde. „Geraubt“ wird auch die beabsichtigte Verminderung der Vermögenssteuer.

Diese Beispiele genügen wohl zur Illustration der kommunistischen Wahrheitsliebe. Im übrigen aber schlagen sich die Kommunisten auch sonst ins Gesicht. Die „Rote Fahne“ sieht nämlich bereits die Deutschnationalen wieder in der Regierung. Für die Arbeiterschaft bedeute das Alarm! Denn:

„Die Deutschnationalen würden nicht nur hemmungslos durch Steuern und Zölle die Preise aller Lebensbedürfnisse in schwindelnde Höhe treiben, nicht nur jede Forderung der Erwerbslosen, der Beamten und Arbeiter verhöhnen, noch mehr an die Panzerwagen und Maschinengewehre appellieren, sondern auch den Volkseinsatz mit Gewalt verhindern.“

Und weil die Sozialdemokraten der Verwirklichung dieser gefährlichen Absichten der Deutschnationalen entgegengetreten, deshalb Steuerraub und Fluch und Schande? Dafür wird selbst die „Rote Fahne“ in ihren eigenen Reihen vergeblich Verständnis suchen, zumal jeder sachlich Denkende ohne Mühe einsehen wird, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Absicht, eine Steuerpolitik mit sozialen Wirkungen zu betreiben, Erfolge erzielt hat.

Die Wirkungen der Steuerherabsetzung.

Reinhold über das Kompromiß.

Am Freitag abend führte der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold vor der Presse aus: Das Steuerentlastungsprogramm der Regierung sei von dem Gedanken diktiert gewesen, der Wirtschaft durch Ermäßigung der Steuerlast Erleichterung zu bringen. Der Reichstag habe Änderungen in den Einzelheiten vorgenommen, jedoch sei eine Verzerrung, die sich in kleine Steuererhöhungen verlor, vermieden worden. Der tiefste Stand der Krise sei überwunden. Man könne die Hoffnung haben, daß die am 1. April 1926 in Kraft tretenden Steuererleichterungen den Impuls zur Besserung der Wirtschaftslage fruchtbar würden.

Am einzelnen gab dann Staatssekretär Dr. Popitz einen Überblick über die voraussichtliche Auswirkung des Steuerabbaus. Infolge der Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1 Proz. auf 0,75 Proz. sei mit einem Ausfall von 302 Millionen Mark zu rechnen. Der wahrscheinliche Ausfall für das Steuerjahr 1926 dürfte 276 Millionen Mark betragen. Die Abschaffung der Zugssteuer bewirke für das Steuerjahr einen Ausfall von 100 Millionen. Dadurch, daß gerade wie bei der Umsatzsteuer noch Zahlungstermine usw. in das neue Steuerjahr fallen, ergebe sich hauptsächlich nur ein Ausfall für das Steuerjahr 1926 von

92 Millionen Mark. Bei der Weinsteuer (Einnahmeschätzung für das ganze Jahr 75 Millionen) ergibt sich ein Ausfall von 40 Millionen. Durch die Suspension der Biersteuer entsteht ein Weniger von 40 Millionen Mark im Aufkommen, durch die Abschaffung der Salzsteuer (Schätzung 17 Millionen) ein Weniger von 12 Millionen, durch die Änderung in der Sektsteuer ergibt sich ein Fortfall von 7 bis 8 Millionen, dem steht gegenüber ein Aufkommen aus der Bänderrolensteuer ab 1. Juli 1926 von 5 bis 6 Millionen. Der Ausfall wird also demnach sehr wahrscheinlich für das Steuerjahr 1926 450 Millionen Mark betragen. Dazu tritt ein weiterer Ausfall durch die Änderung der Fusionssteuer. 50 Proz. des Aufkommens aus der Fusionssteuer sind an die Gemeinden abzuführen zur Verringerung der Arbeitslosennot infolge des Inflations- und Rationalisierungsprozesses. Die hierfür erforderliche Summe wird auf 20 Millionen Mark geschätzt, so daß sich das Mindereinträgnis auf 470 Millionen Mark steigert.

Die Wahrscheinlichkeitsrechnung des Reichsfinanzministeriums, die bei besserer Wirtschaftslage ohne Zweifel sich in dem Aufkommen günstiger darstellen wird, gibt nur für das Jahr 1926. Für das Steuerjahr 1927 wird mit einer günstigeren Entwicklung zu rechnen sein, da die Ueberführung aus der Fusionssteuer an die Gemeinden wegfällt und die Biersteuer am 1. Januar 1927 in Kraft tritt.

Bemerkt wurde noch, daß die Gemeindegetränksteuer am 1. April 1927 wegzufallen hat. Bis dahin ist es den Gemeinden nicht möglich, die Gemeindegetränksteuer neu einzuführen oder zu erhöhen.

Bezüglich der Vermögenssteuer glaubt das Reichsfinanzministerium, daß mit einem Aufkommen von 400 Millionen zu rechnen ist.

Der Schlüsselstein der Einzelstats.

Gaushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung.

Der Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung ist kein Etat im Sinne aller übrigen. Er enthält nicht den Finanz- und Wirtschaftsplan einer bestimmten Verwaltung, die ihre mutmaßlichen Einnahmen und Ausgaben ausstellt und sie dem Reichstag unterbreitet, um nach erfolgter Genehmigung auf Grund der so gegebenen Richtlinien ihre Aufgaben durchzuführen, sondern er bildet gewissermaßen den Schlüsselstein zu allen übrigen Etats und erst durch ihn werden die 19 anderen, lose aneinandergereihten Einzelstats zu einem festgefügteten Reichshaushaltsplan.

Der Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung umfaßt in Einnahme und Ausgabe alle die Positionen, die in den anderen Etats nicht aufgeführt werden können, weil sie nicht zu dem speziellen Aufgabekreis und Arbeitsgebiet einer einzelnen Verwaltung gehören, sondern das Reich im ganzen betreffen. Hierhin gehören auf der Einnahmenseite im besonderen alle Einnahmen aus Steuern, auf der Ausgaben Seite alle Ueberweisungen an die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Reparationszahlungen zur Erfüllung des Londoner Abkommens, soweit sie nicht durch dritte, sondern aus dem Reichshaushalt zu bestreiten sind. Da diese Posten ziffernmäßig sehr hohe sind, ist der Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung mit seinen 3933 Millionen Ausgaben und seinen 7255 Millionen Einnahmen der bei weitem größte aller Etats.

Außer aus Steuern wird das Reich in 1926 noch eine größere Einnahme (133,4 Millionen) aus Münzprägungen beziehen. Es ist eine weitere Prägung von 200 Millionen Mark in Silbermünzen beabsichtigt, und zwar je zur Hälfte in Zwei- und Fünfmärkstücken. Daneben wird wegen der außerordentlich vielen Münzfälschungen voraussichtlich die Einziehung der Fünzigpfennigstücke aus Aluminiumbronze und deren Ersatz durch eine Reinnickelmünze vorgenommen werden müssen. Die Kosten der Prägung werden auf 67,5 Millionen geschätzt, denen ein Erlös aus der Silberprägung und aus der Verwertung der eingezogenen Fünzigpfennigstücke in Höhe von 201 Millionen Reichsmark gegenübersteht. Der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben in Höhe von rund 133,4 Millionen Mark soll zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse Verwendung finden.

Unter den Ausgaben nehmen die auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes vom 10. August 1925 erfolgenden Ueberweisungen an die Länder mit 2337 Millionen Mark die erste Stelle ein. Außerdem fließen den Ländern für Zwecke polizeilichen Schutzes aus Reichsmitteln noch 190 Millionen Mark zu.

Zur Entschädigung fremder Behörden für die Mitwirkung bei der Verwaltung der Reichsabgaben sowie für Sonderentschädigungen, die auf Grund verschiedener Gesetze an Bayern, Württemberg und Baden zu zahlen sind, werden 32,7 Millionen benötigt. Zur Erfüllung des Londoner Abkommens muß ein Betrag von 496 Millionen bereitgestellt werden. Das Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 (Zufertigungsgesetz) bedingt zugunsten von Anstalten und Einrichtungen der freien und kirchlichen Wohlfahrtspflege, die Aufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege zu erfüllen haben, die Einsetzung eines Betrages von 12,5 Millionen Mark. Für die Schaffung von Wohnungen auf Rechnung des Reiches für Beamte, Angestellte und Arbeiter der Reichsverwaltungen (außer Reichspost und Reichsbahn) wird ein Betrag von 9 Millionen Mark angefordert.

Der Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung wird vom Finanzministerium bearbeitet und ausgeführt. Er ist daher auch der einzige aller Etats, der keine Personalausgaben enthält.

Abkündigung der Hauszinssteuer.

Zufallsmehrheit im Landtag.

In der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtages wurde das Hauszinssteuergesetz in dritter Lesung erledigt. In der Schlussabstimmung wurde das Gesetz dagegen mit 193 gegen 193 Stimmen der Regierungspartei abgelehnt. Dieses Ergebnis wurde mit großem Tumult angenommen.

Die Ablehnung des Hauszinssteuergesetzes war das Ergebnis einer Zufallsmehrheit. Noch kurz vorher waren die Regierungsparteien geschlossen aufmarschiert und hatten die notwendigen Mehrheiten für eine andere Vorlage erzielt. Durch die vorzeitige Abreise einiger Abgeordneter hatten es die Rechtsparteien in der Hand, die Ablehnung der Hauszinssteuer zu erzwingen, und sie machten davon auch einen Gebrauch, von dem sie offenbar durch ihr Zusammenwirken mit den Kommunisten eine Regierungskrise zu erreichen glaubten. Die preussische Staatsregierung ist sofort nach dieser Beschlußfassung zusammengetreten und hat nach einer vorliegenden Erklärung dazu folgende Stellung eingenommen:

Die abgelehnte Vorlage bedeutet nur die Durchführung des Reichsfinanzausgleichs, wie er im vorigen Sommer unter der Führung des Kabinetts Luther-Schlieben vom Reichstag beschlossen wurde.

In der Begründung der damaligen Novelle zum Finanzausgleich war ausgeführt, daß die Länder aus der Hauszinssteuer eine Milliarde für den allgemeinen Finanzbedarf der Länder und Gemeinden — als Ersatz für die Kürzung der Ueberweisungen aus der Einkommens- und Körperschaftsteuer und zur Bestreitung der gestiegenen Wohlfahrtsausgaben — und 400 Millionen für die Neubausförderung bekommen sollten, also Preußen 600 Millionen für den Finanzbedarf des Landes und der Gemeinden und 240 Millionen für die Neubausförderung. Preußen wollte mit der jetzt abgelehnten Vorlage nur 440 Millionen für die Neubausförderung bereitstellen. Die Vorlage hätte dem Staat gegenüber dem bisherigen Zustand ein Mehr von rund 25 Millionen, den Gemeinden für Zwecke der Wohlfahrtspflege ein Mehr von 50 Millionen und der Neubausförderung ein Mehr von rund 90 Millionen gebracht, diente also nur in geringem Maße fiskalischen Zwecken, in überwiegender Maße aber dem Zweck der Wohlfahrtspflege und der Neubausförderung. Die Vorlage hätte außerdem wesentliche Verbesserungen gegenüber dem jetzigen Zustand herbeigeführt, vor allem eine Herabsetzung der Hauszinssteuer von 23 auf 15 Proz. der Friedensmiete für allen früher unbelasteten Hausbesitz und gewerblichen Besitz und eine weitere Erleichterung für den gewerblichen Besitz insofern, als die Steuer bei diesem in Zukunft nach dem Gebäudesteuermessungswert bemessen werden sollte, endlich aber erhebliche Ermäßi-

Kinder, Gott und Teufel.

Von Heinrich Lerch.

Better Franzel hatte gelogen.

Die Großmutter rief ihre fünf Enkelkinder zusammen, ging mit ihnen in die Werkstatt und machte ihnen klar, daß der liebe Gott fürchtbar traurig sei, wenn seine lieben Kinder lügen, und daß er sie strafen würde, hier auf Erden schon.

Franzel, den die Predigt am meisten angehen sollte, hörte am wenigsten zu.

„Franzel, du, ja du wirst es schon spüren!“ drohte die Großmutter ihm ausdrücklich an.

„Ach, da bin ich nit bang für, der Papo soll dem wat anders sage, wenn de mich wat tun will!“ zuckte Franzel gleichmütig die Schultern.

Da zeigte die Großmutter auf das Schmiedefeuer, das gerade hochgestoht wurde und in großen Flammen und schwarzem Qualm aufsprang. In so ein Feuer würden die Lügner geworfen und von vier Satanen festgehalten, erst von vorn gebirrt und dann von hinten und von rechts und von links rundherum gebirrt. Und wenn der Lügner dann gar wäre, dann käme der Oberteufel und risse ihm mit glühenden Zangen die Großmutter zeigte auf eine gewaltige Krampzange die lederen Stücke Fleisch aus dem Leibe und frähe sie bis auf die Knochen auf. Da könnte ihnen kein Papa und niemand auf der Welt helfen.

Franzels Brüderchen Pauli wurde von Mitleid gepackt und sagte unter Schluchzen und Weinen: „Dann geh ich auf die Bullewei (Polizei)!“

„Das nützt alles nichts, der Oberteufel ist die Polizei vom lieben Gott, und die Polizei von der Strafe darf gar nicht in die Hölle hinein! Also, wer noch einmal lügt, den holt der leidhaftige Oberteufel in die Hölle!“ So schüchelte die gute Großmutter des Lügners Schicksal, und betrossen zogen die Kleinen davon.

„Du, Oma!“ rief Franzel seiner Großmutter nach, „kannst du mich nit sagen, wo die Hölle eigentlich ist?“

„Die Hölle ist mitten in der Erde, ganz mitten drin!“ erläuterte die Oma.

Das war morgens zwischen 11 und 12.

Nachmittags komme ich in den Garten hinter der Schmiede und höre Kinderstimmen. Sehe Franzel und Manni, wie sie sich schubsen, aber Franzel behauptet seinen Platz, von dem Manni ihn verdrängen will.

Franzel stampft heftig mit den Füßen, springt auf einem Fleck, spuckt, trampelt und lacht.

Manni steht neben ihm und schaut sich die Trampel genau an, spuckt gleichfalls und sagt: „So Franzel, jetzt laß mich mal, jetzt kann ich es auch.“

„Du? Du? Nein! Du kannst es nicht!“ triumphiert Franzel und raßt in selbiger Besessenheit weiter.

Manni fängt wieder an, ihn von dem Fleck wegzudrücken; als er ihn verdrängt hat, steht Franzel abseits und höhnt ihn: „Hä! Dat nützt dich garnit, bißh wo ich steh, da is dā siefē Deuvel!“

Manni steht ihn staunend an, aber Franzel schüttelt verneinend den Kopf.

„Doch! Auch wo ich steh!“ ruft Manni.

„Enä! Bloß wo ich steh!“ entgegnet Franzel.

„Ebooch!“ schreit Manni, und seine Stimme zittert vor Enttäuschung.

Ehe dieser Streit zur Keilerei wird, hat Franzel mich entdeckt und ruft:

„Onkel Hein! Dā Manni meint, wo er stānd, wār der Deuvel! Bloß wo ich steh, da is hä!“ klärt er mich auf.

„Warum ist er denn nicht da, wo Manni steht?“ erkundige ich mich, ohne den Zusammenhang zu begreifen.

Franzel sieht gar verächtlich zu Manni hin und fragt mich, lässig mit den Ellbogen auf Manni weisend: „Onkel Hein, hat der gelogen? Hat der Manni gelogen? Enä, oder ich! Und die Oma hat gesagt, wer noch einmal lügt, der kommt in die Hölle bei dā siefē Deuvel. Und da hab' ich Oma gefragt, wo die Hölle is, und Oma hat gesagt: „Mitten in de Erd“. Und da hab' ich gewart, bis ich noch einmal gelügt hat, und da hab' ich et schnell getan. Ru komm ich in de Hölle, und dā siefē Deuvel will mich holen! Hier unter meine Fuß, da steht dat Was un will mich kriegen, aber ich tret ihm auf den Kopf und spud ihm, un gleich krieg ich mich eine spitze Stang un stech ihm kaputt, wenn hä nur mit dem Kopp aus die Erd heraus kömmt. Aber wart nur, du siefē Deuvel, wenn ich et kann, dann mach ich noch Pipi un heut abend, dann mach ich em noch eine dicke Hauf W auf den Kopp!“

Um den Staatssekretär der schönen Künste. Zur Vereinfachung der preussischen Kunstverwaltung und zur Verhütung der vielen Reibungsflächen, die sich, wie die letzten „Hälle“ gezeigt haben, bei dem jetzigen Zustande allzu oft ergeben, ist die Einsetzung eines „Staatssekretärs der schönen Künste“ gefordert worden. Dieser müßte die jetzt bei sieben Ministerien verstreuten Kunstangelegenheiten in einer einheitlichen Behörde verwalten. Gegen diese Verwertung, für die viele Gründe sprechen, ist geltend gemacht worden, daß hier neue Ausgaben entstünden. Dem ist aber keineswegs so. In Wirklichkeit wird die Einlegung eines „Generaldirektors der Schlösser und Gärten“, wie sie jetzt geplant wird, wenn die Unterstellung des früheren Kronrates unter endgültige staatliche Verwaltung beim Abschluß der Auseinandersetzung mit dem früheren Königshaus durchgeführt wird, genau soviel kosten wie ein „Staatssekretär“. Begt man die verschiedenen Kunstbehörden der sechs Ministerien zusammen, wie das in Frankreich, Belgien u. a. der Fall ist, so könnte eher eine Kostenersparnis herauskommen. Sachlich wichtiger aber ist, daß ein solcher Staatssekretär die politische Verantwortung für die sogenannte Kunstpolitik gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit übernehme — jene Verantwortlichkeit, die heute in kniffligen Fragen die einzelnen beteiligten Ministerien einander

zugeschoben allzu leicht geneigt sind. Und aufhören würde die Zusammenkopplung der Kunstangelegenheiten mit den Fragen von Kirche und Schule; auch da wäre die Kontrolle durch die Öffentlichkeit und den Landtag leichter, wenn ein eigener politischer Beamter als Staatssekretär die Verantwortung für Kunst trägt.

Was ein altrömischer Fußabdruck erzählt. Bei den Ausgrabungen des altrömischen Soldatenlagers zu Carleon in England hat man einen merkwürdigen Fund gemacht. Es ist ein Ziegel, in dem sich mit größter Deutlichkeit der Fußabdruck eines Knaben erkennen läßt, und darunter steht man das Fabrikzeichen „Reg. II. Aug.“ der zweiten Legion, die zur Römerzeit in diesem Lager stationiert war. Die Sandale, die der Knabe vor mehr als 1600 Jahren trug, ist auf dem Ziegel ganz deutlich abgedrückt, und aus den Rufen läßt sich mit Sicherheit darauf schließen, daß es sich um einen halbwüchsigen Knaben handelt. Ja, bei genauerem Zusehen erblickt man sogar die Spuren einer Hundepfote, die sich auf dem Ziegel abzeichnet. Die Archäologen erklären sich diesen merkwürdigen Fund auf folgende Weise: Ein Pferdejunge der Legion oder ein anderer von den Halbwüchsigen, die mit dem Heere in das fremde Land gekommen waren, hatte den Auftrag erhalten, die im Lager verfertigten Ziegel mit dem Fabrikzeichen zu stampeln, und als rechter Junge konnte er der Verführung nicht widerstehen, auf die weiche Masse zu treten und seinen Fußabdruck so für die Ewigkeit zu erhalten. Wahrscheinlich lunterte bei ihm ein Regimentshund herum, und auch dieser tappte mit seiner Pfote auf den Ziegel. So erschließt sich nach so vielen Hunderten von Jahren aus diesem Funde uns ein amüsantes Bild aus dem altrömischen Lagerleben.

Gefängnis für den kurzen Rod. Die athenischen Gesetzgeber gegen den kurzen Rod haben ihr erstes Opfer festgesetzt. Vor wenigen Tagen wurde zum erstenmal eine junge Dame verhaftet, die gegen den Erlaß der griechischen Regierung gefündigt hatte, nach dem die Röcke der Damen nicht weiter als 35 Zentimeter vom Boden entfernt sein dürfen. Ein Polizeibeamter verhaftete eine 20jährige Schöne auf der Hauptstraße von Athen, weil seinen forschenden Blicken die Länge oder vielmehr Kürze des Rockes verdächtig erschien. Die Sünderin wurde sofort dem Polizeigericht vorgeführt, nach sorgfältiger Messung für schuldig befunden und zu 24 Stunden Gefängnis verurteilt. Der Urteilspruch wurde von der dichten Zuschauermenge, die sich in dem Verhandlungszimmer eingefunden hatte, mit Gelächter aufgenommen. — Und das geschieht in Hellas, dem Heimatlande der Aphrodite!

Staatsoper. Da der Umbau des Opernhauses unter den Augen mehr beschlossen ist, hat die Zeitung der Staatsoper von der beschlossenen Rekonstruktion des „Parisial“ Abstand genommen. Das Werk wird daher in diesem Jahre (vom Karfreitag bis Ostermontag) zum letzten Male in der bisherigen Ausstattung erscheinen.

Buddhistisches Haus Berlin-Trebnau. Am 20. abends 8 Uhr: Vortrag über: „Buddhismus“ und Fragebeantwortung. Qüritwille sind willkommen.

Die gesammelten Werke Lenins. Von den im Einzelverlag in Moskau in 20 Bänden erschienenen gesammelten Werken Lenins sind bis jetzt 14 herausgegeben. Es befinden sich darin die Arbeiten Lenins zur Revolution 1905/06, zur Revolution der Bourgeoisie 1917, zur neuen Wirtschaftspolitik und zur Nationalitätenfrage.

ungen zugunsten der Sozialrentner, Kleinrentner und Kriegsinvaliden und der Erwerbslosen sowie der kleinen Einkommen bis zu 1000 Mark.

Die Ablehnung ist nicht aus sachlichen Gründen erfolgt. Jede Regierung müßte eine entsprechende Vorlage zur Durchführung der reichsgerichtlichen Bestimmungen bringen. Die Ablehnung stellt die Einführung der Verbesserungen vorläufig in Frage. Sie ist außerdem nur durch eine Zufallsmehrheit herbeigeführt worden.

Eine Gesetzeslücke entsteht nicht, da ein Zwischengesetz, dessen Geltung nicht beschränkt ist, in der vorigen Woche vom Landtag verabschiedet wurde. Die Regierung wird einen Weg finden, um bis zum 1. Juli eine dem Reichsrecht entsprechende Regelung herbeizuführen.

Bei dieser Sachlage würde die Regierung ihre Pflicht gegenüber dem Lande verletzen, wenn sie zurücktreten und eine Aulose herausbeschreiben wollte, um so mehr, als der Landtag noch gestern der Regierung sein Vertrauen votiert hat.

Die Ablehnung der Vorlage hat demnach nur die Wirkung, daß die im neuen Gesetz vorgesehenen Erleichterungen für die große Masse der Sozial- und Kleinrentner vorläufig nicht in Kraft treten können gegen den Willen der Regierung, aber mit Willen der Kommunisten! Auch der Gewerbestand kann sich bei seinen famolen Sachverwaltern, den Reichsparteien, dafür bedanken, wenn eine Reihe von Härten der bisherigen Hauszinssteuerregelung noch bis auf weiteres bestehen bleibt, dank der demagogischen Politik jener Parteien, die Opposition um jeden Preis treiben und jede parlamentarische Situation ausnützen, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, auch dann, wenn ihre eigenen Parteigänger unter einer solchen Haltung zu leiden haben. Die preussische Regierung handelt nur pflichtgemäß und korrekt, wenn sie innerhalb der durch das Reichsgesetz gegebenen Frist die Neuregelung der Hauszinssteuer vorbereitet. Sollte inzwischen die Bauwirtschaft nicht in dem Tempo in Gang kommen, wie es die Annahme der neuen Vorlage bewirken konnte, so werden sich eine große Schaar von Arbeitslosen und nicht minder auch die Unternehmer des Baugewerbes und seiner Hilfsindustrien bei der gestrigen Oppositionsmehrheit von der Wirtschaftspartei bis zu den Kommunisten dafür bedanken dürfen.

Nationalliberale Verleerenheit.

Die Landtagsabstimmung gegen Stresemann.

Am Donnerstag hat die Volkspartei ebenso wie die Deutschnationalen im Preussischen Landtag einem kommunalistischen Antrag zugestimmt, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, weil sie 1. Stresemanns Politik unterstütze und 2. die Fürstenenteignung nicht eifrig genug betreibe. Diese Zustimmung scheint im Lager der Volkspartei selbst nicht das erwartete „Berständnis“ gefunden zu haben, denn die „Nationalliberale Korrespondenz“ sieht sich bemüht, zu ihrer Erklärung das Folgende auszuführen:

Das Votum der Deutschen Volkspartei bezieht sich auf den vorliegenden Fall selbstverständlich nur auf den Tenor des Antrages und nicht auf seine Begründung. Diese Tatsache ist schon früher bei ähnlichen Gelegenheiten ausdrücklich festgestellt worden. Die Stellung der volksparteilichen Landtagsfraktion zur deutschen Außenpolitik ist insbesondere durch die Erklärungen der beiden Fraktionsredner Dr. Wiemer und Dr. Leidig so eindeutig im Sinne der Stresemannschen Politik dargelegt worden, daß hierüber wirklich jeder Zweifel ausgeschlossen sein sollte.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ redet sich heraus und herein. Denn es waren ja gerade die Abgeordneten Wiemer und Leidig, die sich bei der umstrittenen Abstimmung der Stimme enthielten. Es ist also „jeder Zweifel ausgeschlossen“ daran, daß gerade die Redner der Fraktion die Haltung der Fraktion für abern und gewissenlos hielten und sich darum von ihr ausschlossen.

Die Stellung der Koalitionsparteien.

Die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses, an der die Mitglieder des Kabinetts teilnahmen, erreichte 6 Uhr 20 Minuten ihr Ende, eine Landtagsauflösung, von der vielfach gesprochen wurde, kamt nicht in Frage; die letzte Entscheidung liegt natürlich beim Kabinett. Es wurde darauf verwiesen, daß ja die unbefristete Zwischenlösung vorliegt, und daß eine eventuelle Verlängerung der in dieser festgelegten Bestimmungen über den 1. Juli hinaus möglich ist. Auch an den bisher getroffenen Dispositionen wird nichts geändert. Der Landtag wird am Sonnabend bis zum 20. April in die Osterferien gehen. Die Regierungsparteien werden sich, wie Bd. 3. hört, nach den Osterferien, wenn auch das Steuertrompsch des Reichstages endgültig vorliegt, mit den Fragen beschäftigen, die sich aus dem Reichsfinanzausgleich ergeben.

Ein gerügter Richter.

Wie Beschlagnahmeverfügungen entstehen.

Die Beschlagnahme des republikanischen Witzblattes „Lachen links“ durch den Amtsrichter von Postel-Burghardt in Lünen (Westf.), über die wir seinerzeit berichteten, hat jetzt ein Nachspiel gefunden. Nachdem bereits die Strafkammer in Dortmund als Beschwerdeinstanz diese völlig unbegründete Maßregel glatt aufheben mußte, hat auf eine persönliche Beschwerde der betroffenen Redaktion über Herrn v. Postel-Burghardt der Oberlandesgerichts-Präsident in Hamm folgende Antwort erteilt:

Dem Amtsrichter von Postel-Burghardt habe ich wegen der unvorsichtigen Behandlung der zum Gegenstand der Beschwerde gemachten Angelegenheit meine Mißbilligung ausgesprochen.

Für eine Annahme, daß Uebereifer aus politischen Beweggründen vorliege, haben die angestellten Ermittlungen keinen Anhaltspunkt ergeben.

Die Beschwerde der Redaktion war darauf gestützt, daß der Amtsrichter weder seine örtliche Zuständigkeit noch das Vorliegen des erforderlichen Strafantrages geprüft hatte (beides war nicht gegeben), und daß er überdies die gesetzlichen Tatbestände der von ihm angezogenen Strafbestimmungen (§ 186 StGB. und § 8 Ziffer 1 des Republikenschutzgesetzes) in seiner Verfügung dermaßen ignoriert hatte, daß er die wichtigsten — im vorliegenden Fall nicht zutreffenden — Tatbestandsmerkmale völlig beiseite ließ. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts-Präsidenten muß dieses skandalöse Verhalten des Amtsrichters zugestehen. Sie sieht freilich darin nur mangelnde Sorgfalt, politische Beweggründe vermag der Oberlandesgerichts-Präsident nicht zu erkennen. Woher auch? „Lachen links“ ist ein republikanisches Witzblatt und Herr von Postel-Burghardt ein Richter, der von der Republik sein Gehalt bezieht.

Faschistenurteil über Mussolini.

Als Verräter gebrandmarkt.

Das in Berlin erscheinende italienische Faschistenblättchen „Gagliardetto“ hat lange zu den Mitteilungen des „Vorwärts“ über die Faschistenpläne in Deutschland geschwiegen. Nach mehreren Wochen erklärt es in seiner Nummer vom 20. März, daß ihm diese Angriffe ganz gleichgültig seien. Indessen speit es Gift und Galle gegen die „Renegaten und Verräter“, von denen es annimmt, daß sie hinter unseren Mitteilungen stehen. Der von der Direktion, d. h. vom Major Renzetti unterschriebene Artikel schließt mit einer fürchterlichen Philippika gegen die „Verräter“:

„Verrat ist das Schlimmste, was es auf Erden gibt. Der Verräter wird von Gott und den Menschen verflucht. Wer zum Verräter wird, um seinen eigenen Ehrgeiz zu befriedigen, um seinem Vaterlande zu schaden, begeht das übelste, niederträchtigste Verbrechen, das es gibt!“

Major Renzetti kann von Glück reden, daß er in Deutschland und nicht in Italien lebt, sonst wäre er reif für die Anwendung des Gesetzes zum Schutze der Allerheiligsten Person des „Duce“. Denn gibt es eine schlimmere Anklage gegen Mussolini als diese Kennzeichnung des Verrates? Mussolini ist ja der Prototyp des Verräters, er ist der Mann, der, jahrelang an der Spitze der sozialistischen Bewegung Italiens stehend, plötzlich, buchstäblich über Nacht zu ihrem erbittertesten Gegner wurde, nur, „um seinen eigenen Ehrgeiz zu befriedigen“. Und er hat seinem Vaterlande mehr moralischen Schaden zugefügt als irgendein anderer Italiener. Der gegen die „Verräter“ geschleuderte Bannfluch prallt mit voller Wucht gerade auf den Mann zurück, in dessen Diensten das Berliner Faschistenblättchen steht.

Mit welchem Ignominium Mussolini zum Verräter wurde, das zeigt besonders drastisch ein Dokument, das wir aus einem kürzlich erschienenen italienischen Buch entnehmen, das der sozialistische Schriftsteller Robert Marvati dem Ananden Matteottis gewidmet hat. Es wird darin ein Brief abgedruckt, den Mussolini am 13. August 1914 an den Verfasser richtete. In diesem Briefe heißt es:

Lieber Marvati,

Ich bin glücklich, wahrhaftig glücklich, in der „Scintilla“ deine rührende Verteidigung des Sozialismus und des internationalen Sozialismus zu lesen. Nach Meinung einiger Beschränkten soll dies alles längst Pleite sein.

Nichts ist blödsinniger und falscher. Man behauptet — und es ist lächerlich — man behauptet und man täuscht sich vor, zu glauben, daß der Sozialismus in 50 Jahren die Verbrüderung der Völker verwirklichen könnte, die das Christentum nach zwei Jahrtausenden vom Tage an, wo der Wanderer aus Nazareth seinen unsterblichen Auf der Menschheit hinausrief, nicht erreichen konnte.

Es ist grotesk! Die sozialistische Internationale hat sich nie verpflichtet, den Krieg zu verhindern; sie hat sich darauf beschränkt,

Sozialfragen im Bergbau.

Das Unglück auf Zeche Oberhausen. — Die Stilllegungen.

Essen, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Deutsche Fördermaschinen-Berband teilt mit: Das Unglück auf Zeche Oberhausen hat in Anbetracht aller Nebenumstände eine merkwürdige Ähnlichkeit mit dem Unglück auf Zeche Matthias Sinnes. Auch hier ist die Menschenförderung mit einseitiger Last vor sich gegangen. Der herabgehende Korb war mit Menschen überlastet, während der herausgehende vollständig leer war. Diesem Umstand ist auch wohl die Uebererschreitung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit zuzuschreiben, da der herausgehende Korb ohne jede Gegenbelastung war.

Die Arbeitergruppe der Arbeitskammer im Ruhrbergbau hatte bei dem Oberbergamt Dortmund angefragt, wieviel Zechen ganz und wieviel Zechen teilweise in den letzten zwei Jahren stillgelegt worden sind. Das Oberbergamt Dortmund teilt nun zu dieser Anfrage folgendes mit: Die Zahl der stillgelegten Zechen betrug Ende Februar 1926 38 mit 33 118 Arbeitern und Angestellten, die Zahl der eingeschränkten Zechen betrug zu dem gleichen Zeitpunkt 62 mit 33 021 Arbeitern und Angestellten. Dazu kommen 11 Kokereien mit 1102 Arbeitern und 7 Kokerereien, die eingegangen sind, mit 432 Arbeitern.

Der Consulmann in Odesfurt.

Schwindler oder Inhaber eines Vordauftrags?

Das in Odesfurt verhaftete und angeblich zu einem Attentat gegen den preussischen Innenminister Gen. Seevering (nicht gegen Reichsminister Rühl) verpflichtete Mitglied der Geheimorganisation Consul ist nach den Feststellungen der Polizei wegen Betrug und Diebstahl verurteilt. Er besitzt also die Qualifikation, Mitglied der Consul-Organisation zu sein.

Die bisherigen Ermittlungen der Polizeibehörden haben nähere Einzelheiten darüber, ob das Attentat wirklich geplant war, oder der Verhaftete bei seiner Vernehmung gelogen hat, noch nicht ergeben. Die Berliner Kriminalpolizei sieht mit der tschechischen Polizei in Verbindung und es ist zu erwarten, daß eine nähere Aufklärung über die Angelegenheit bald erfolgt. Für den Fall, daß sich der Auftrag der Organisation Consul, den Minister Seevering zu töten, bestätigt, dürfte das Reich die Auslieferung des Verhafteten beantragen.

Wer wird Gesandter in Wien?

Stegerwald? — Warum?

Der deutsche Gesandte in Wien, der ehemalige Zentrumsabgeordnete Pfeiffer, liegt schwer krank danieder. Er lebt noch, aber schon wird für ihn ein Nachfolger gesucht, und manche Leute glauben ihn sogar schon gefunden zu haben in der Person des Herrn Adam Stegerwald.

Sicher würden viele Kreise Herrn Stegerwald ohne Bedauern aus der inneren deutschen Politik scheiden sehen. Aber seine Ernennung zum deutschen Gesandten in Wien scheint uns ein zu kostspieliges Mittel zu diesem an sich nützlichen Zweck. Im übrigen trifft es sich sehr nett, daß am Donnerstag im Gemeindeforschungsausschuß des Preussischen Landtages der demokratische Abgeordnete Riedel Mitteilungen davon machen konnte, daß bei dem Fememörder Schutz die Photographie einer bekannten politischen Persönlichkeit mit einer sehr freundschaftlichen Widmung gefunden worden ist. Herr Riedel hat in der Ausschussung die betreffende Persönlichkeit nicht genannt. Aber man hat inzwischen erfahren, daß die Photographie niemanden anders darstellt als eben Herrn Stegerwald.

Und darum nach Wien!

zu erklären, daß sie sich dagegen stellt. Und diese Opposition — eine gewaltige — hat sich in allen Nationen Luft gemacht. Ich verweise dich auf den „Avanti“ von gestern, den 12., auf der dritten Seite, wo das Verzeichnis der Versammlungen steht, die die Sozialdemokratische Partei in ganz Deutschland aberaumt hat.

Man soll bedenken, daß die Krise bereits am 28. Juli begonnen hat und daß kaum fünf Tage nachher der Kaiser den Krieg erklärte. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese harte Entscheidung auch in Anbetracht des Feldzuges der Sozialisten gegen den Krieg, getroffen wurde; eines Feldzuges, der einen bedeutend größeren Umfang hätte nehmen können.

Die Internationale liegt in der Natur der Dinge, sie gehört zu den unvermeidbaren Ereignissen. Vielleicht bringt gerade dieser Krieg durch das viele vergossene Blut „das Rad in Schwung“.

Ich grüße dich mit Freundschaft. gez. Mussolini.

Diese Zeilen schrieb Benito Mussolini als Chefredakteur des „Avanti“ am 13. August 1914. Er verteidigte dann die sozialistische Internationale gegen die Angriffe derer, die ihr vorwarfen, versagt zu haben und er sprach die Hoffnung aus, daß der Krieg wenigstens das eine Gute haben würde, „das Rad in Schwung zu bringen“.

Bierzehn Tage später ging derselbe Mussolini zu den Gegnern des italienischen und des internationalen Sozialismus über, indem er die Leitung eines mit französischem Gelde gegründeten nationalistischen Blattes, des „Popolo d'Italia“, übernahm und seitdem die Sozialisten, die Kampfgenossen von ehemals, beschimpfte, verleumdete und ermordete ließ.

Wie sagt das „Gagliardetto“ so hübsch über die „Renegaten und Verräter“? „Verrat ist das Schlimmste auf Erden. Der Verräter wird von Gott und den Menschen verflucht.“ Benito, Gott schütze dich vor deinem Freunde, dem Major Renzetti!

Mussolini „säubert“ weiter.

Contarini's Rücktritt bestätigt.

Rom, 26. März. (W.B.) Die Agenzia Stefani bestätigt den Rücktritt Contarini's und die Ernennung des bisherigen italienischen Gesandten in Wien, Vordanaro, zu seinem Nachfolger als Generalsekretär im Ministerium des Aeußern in Rom.

Contarini, der Unterstaatssekretär im italienischen Ministerium des Aeußern, war der leitende Berufsbeamte in der Zentrale der italienischen Diplomatie. Seine Stellung entsprach ungefähr der, die gegenwärtig Herr von Schubert in der Wilhelmstraße bekleidet. Contarini's Entfernung fällt in das Programm der „Reinigung“ des italienischen Diplomatenspersonals von allen nicht absolut sicheren Faschisten.

Die Ermordung des Gen. Müller-Mödling.

Lange vorher geplant, schließlich vollführt.

Wien, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie das sozialdemokratische „Tagblatt“ meldet, hat vor einigen Tagen bei dem Polizeiamt in Steyr ein eben aus der Strafanstalt Entlassener die Anzeige erstattet, daß einige Hafenkreuzier im Jahre 1924 die Absicht gehabt hätten, den sozialdemokratischen Gemeinderat und Obmann des Schutzbundes, Müller, in Mödling zu ermorden. Eine entsprechende Mitteilung wurde dem entlassenen Sträfling von einem Mitgefangenen während seiner Haft gemacht. Tatsächlich ist Müller im vorigen Jahre bei einer Hafenkreuzierdemonstration erschossen worden. Der Sträfling gibt ferner an, er habe damals aus der Strafanstalt in einem Brief an eine sozialdemokratische Funktionärin nach Wien Mitteilung von den Plänen gemacht; der Brief sei aber nicht weiter befördert, dagegen der Briefschreiber von dem Leiter der Strafanstalt bestraft worden! Die Untersuchung ist bereits eingeleitet.

Keine Mehrheit für Péréts Steuerpläne.

Opposition links — Abweisung rechts.

Paris, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission hat am Freitag einen Bericht des Finanzministers über die gegenwärtige finanzielle Lage entgegengenommen. Der Minister bezeichnete die Erhöhung der Umsatzsteuer als einzige Möglichkeit, der Staatskasse sofort Einnahmen zu verschaffen. Die Erhöhung soll nur vorübergehender Natur sein und lediglich für das laufende Finanzjahr gelten. In der Zwischenzeit beabsichtigt die Regierung, die Vorbereitungen zur Einführung einer Produktionsabgabe zu beenden, die im nächsten Jahr an die Stelle der Umsatzsteuer treten soll. Energisch verwahrte sich der Minister gegen den Vorschlag auf Erhöhung sämtlicher Steuern um 10 Prozent. Der Vorsitzende der Finanzkommission äußerte seine großen Bedenken, in der Kammer eine Mehrheit für die Pläne des Finanzministers zu finden. Tatsächlich hat die Opposition gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer nach dem ablehnenden Beschluß der Sozialisten eher zugenommen, da auch die große Mehrheit der Radikalsozialen und der republikanischen Sozialisten dagegen sind. Die Rechte verspürt aber wenig Lust, in der Finanzfrage für das Kabinett Briand in die Breche zu springen, zumal der Ministerpräsident nicht gewillt scheint, ihre Unterstützung durch den Rücktritt des Innenministers Malvy zu erkaufen.

Französische Marinebaupläne.

Paris, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Marineminister Lannes hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Neubau einer Anzahl von Kriegsschiffen vorsieht. In der Begründung der Vorlage wird ausgeführt, daß Frankreich für die Erhaltung seines Kolonialreiches eine mächtige Kriegsmarine braucht, wenn es nicht auf den Rang einer Großmacht verzichten wolle. In der Zeit vom Juli 1926 bis Juli 1930 sollen folgende Schiffe auf Stapel gesetzt werden: 1 Kreuzer, 3 Torpedobootabwehrboote, 4 Torpedoboote, 7 Unterseeboote und 4 Hilfschiffe.

Die Heeresreform.

Paris, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Armeekommission der Kammer hat den Genossen Paul Boncour zum Berichterstatter über den Gesetzentwurf zur Reorganisation der Landesverteidigung ernannt. Gleichzeitig wurde eine besondere Unterkommission eingesetzt, die ihn bei der Abfassung des Berichtes unterstützen soll, damit dieser sofort nach den Osterferien im Parlament eingebracht werden kann.

Parlament in Südwestafrika. Das Amtsblatt in Pretoria gibt die Einlegung eines Vorschlags aus, einer beratenden Kommission und einer gesetzgebenden Versammlung für Südwestafrika bekannt, entsprechend der 1925 angenommenen Verfassung Südwestafrikas.

Gewerkschaftsbewegung

Die Sozialpolitik der Arbeitgeberverbände.

„Dem Volke muß das trockene Brot erhalten bleiben.“

In seiner Verteidigungsrede des notwendigen Lebens der Vereinigung der Arbeitgeberverbände vor deren Mitgliederversammlung konnte der Geheimrat v. Borjig nicht ganz an der Erwerbslosigkeit und der Kurzarbeit vorbeigehen. Er hielt sich allerdings nicht erst bei den Ursachen auf und den etwaigen Maßnahmen zu ihrer Beseitigung und Beseitigung, vielmehr diente ihm diese Erscheinung als Ausgangspunkt zur Rechtfertigung des bereits in der Reichsregierung als Kennzeichen niedergelegten Standpunktes der Vereinigung zur Sozialpolitik im allgemeinen und zum Reichsarbeitsministerium bzw. seiner Schlichtungspraxis im besonderen.

„Diese katastrophale Lage des Arbeitsmarktes stellt vorläufig gerade die Vereinigung vor große Aufgaben. Sie wissen, welche große Rolle in der öffentlichen Erörterung in der letzten Zeit die Erwerbslosenfürsorge und die Kurzarbeiterfürsorge gespielt hat. Sie wissen weiterhin, von welcher außerordentlich großer Bedeutung auch heute in der Zeit des Ueberflusses an Arbeitskräften die behördliche Festsetzung der Löhne durch verbindlich erklärte Schiedsprüche sein kann und ist. Faktisch wird da das Gesetz von Angebot und Nachfrage hinsichtlich der Arbeitskraft reflexlos durch die Praxis der Schlichtungsbehörde beseitigt. (Sehr richtig!) Da es sich aber hier um ein Naturgesetz handelt, das die Menschen nicht erfunden haben und an dem die Menschen meines Erachtens nichts ändern können, kann eine solche Praxis letzten Endes für die Wirtschaft nur verberlich sein.“

Kein vernünftiger Mensch wird dem Herrn Geheimrat Dr. Ernst von Borjig einen Vorwurf daraus machen, daß er die Arbeitgeberinteressen vertritt, zumal er an der Spitze der Unternehmerorganisation steht. Auch diese oder jene Uebertreibung wird man hinnehmen und sie, wenn notwendig, auf ihr Niveau zurückführen. Wenn sich v. Borjig aber ein Manuskript machen läßt, müßte er es immerhin zuvor daraufhin ansehen, ob es eckigermaßen exakt und nicht derart salopp abgefaßt ist, wie es sich in den Sätzen, die von der Praxis der Schlichtungsbehörden handeln, so juristisch peinlich bemerkbar macht.

Nicht für uns, die wir an der Praxis der Schlichtungsbehörden mindestens ebensoviel auszusetzen haben wie die Arbeitgeberverbände. Doch selbst der unverdächtige Haß gegen die ganze Schlichtungseinrichtung, gegen einen verbindlichen Schiedspruch, der etwa die Eisenbahnerlöhne um einen Pfennig, teilweise um zwei Pfennige erhöhen wollte, darf nicht einmal bei einem hofischen Unternehmerhabitus soweit gehen, wie hier in der Rede des Herrn v. Borjig. Was aber das „Naturgesetz“ betrifft, worüber der Repräsentant der Arbeitgeberverbände philosophierte, so fällt zunächst dabei auf, daß die Unternehmer sich nur in Krisenzeiten auf dieses ökonomische Gesetz zu berufen pflegen, bei günstiger Konjunktur aber, wenn die Arbeitnehmer versuchen müssen, das, was ihnen an ihrem Existenzminimum weggenommen wurde, wieder herauszuholen, unter Verleugnung dieses Gesetzes, über Erpressungsversuche der Gewerkschaften schreiben. Das jegliche Bekannnis des Herrn von Borjig und seiner Getreuen zu diesem „Naturgesetz“ erleuchtet blühend die Begriffe der Sozialpolitik im Unternehmerlager.

Meine Auffassung, meine Herren, und damit glaube ich auch die Ihre auszusprechen, ist die, daß die beste Sozialpolitik allemal in einer möglichst weitgehenden Förderung der Wirtschaft besteht, denn die Sozialpolitik kann ihre Mittel ja nur aus der Wirtschaft erhalten. In diesem Punkt findet man leider auch heute noch bei den Vertretern der Gewerkschaften wenig Verständnis.“

Solange die Unternehmer unter der Wirtschaft nur sich selber, ihre Betriebe und ihre Interessen verstehen, werden sie vergeblich auf dieses „Verständnis“ warten. Daß die Arbeitnehmer mit zur Wirtschaft gehören, wird ihnen leider sehr besonders deutlich gemacht, wo sie unter den Folgen der Unternehmerwirtschaft zu leiden haben.

„Die Arbeitnehmer glauben einfach nicht, daß in der deutschen Industrie heute im allgemeinen gar keine oder sehr geringe Gewinne erzielt werden. Weiterhin sind die Gewerkschaften vorläufig nicht von ihrer Meinung abzubringen, daß Lohnhöhungen automatisch zu einer Steigerung der Kaufkraft der Massen und damit zu einer Gefährdung der Wirtschaft führen. Daß Lohnhöhungen nur insoweit möglich sind, als durch sie eine Verteuerung der Produktion nicht eintritt, ist ihnen nicht klarzumachen. Diese Haltung der Gewerkschaften ist wiederum nur verständlich, wenn man annimmt, daß sie ohne weiteres davon ausgehen, daß zurzeit in den Preisen noch eine so hohe Gewinnquote steckt, daß man nur diese Gewinnquote zu verkleinern brauche, um bei gleichbleibenden Preisen den Lohnanteil des Arbeiters zu erhöhen.“

Will Herr v. Borjig etwa behaupten, daß die Kaufkraft der Massen durch Lohnkürzungen gesteigert wird? Von den Entbehrungsgewinnen, die in den wohlfrisierten Bilanzen ziemlich versteckt sind, wollen wir hier nicht reden, sind jedoch nach wie vor der Meinung, daß es des Schweiges der Elben lohnte, die Gewinnquote, anstatt durch Lohnkürzungen zu vergrößern zu suchen und die Neubildung von Kapital auf diesem Wege herbeizuführen, durch fortschrittlichere Maßnahmen anzustreben, die nicht mehr unbekannt und mit Erfolg erprobt sind. Die folgende Trockenbrottheorie des Herrn v. Borjig scheint uns nicht der richtige Erfay dafür zu sein.

Weiterhin geht die Grundeinstellung der Gewerkschaften dahin, daß die gesamten Auswirkungen innerhalb des Rahmens der Sozialpolitik eigentlich gar nichts kosten, weil sie in Form erhöhter Arbeitsleistung wieder hereinfließen. Daß das ein Irrtum ist, mindestens in einer Zeit wie der heutigen, ist ihnen nicht klarzumachen. Es ist für meine Empfindung ungehörig daselbst, wenn ich sage, deshalb, weil Butterbrot nahrhafter ist als Trockenbrot, muß auch der, der die Butter nicht bezahlen kann, Butterbrot essen, damit er dadurch in die Lage gesetzt wird, soviel mehr zu arbeiten, daß er dann später diese Butter wird bezahlen können. (Heiterkeit und Bravo!) Die Folge wird sein, daß er, weil er sich heute Butter gekauft hat, morgen nicht einmal das trockene Brot wird kaufen können. (Sehr richtig!) Und da ist es denn die — allerdings nicht sehr dankbare — Aufgabe der Vereinigung, dazu zu helfen, daß dem deutschen Volke wenigstens dieses Brot erhalten bleibt.“

Wir wollen hier nicht in gleich bildlicher Form die Frage aufwerfen, wer dem Volke nach der Butter auch noch die Margarine vom Brot genommen hat, sondern uns mit der Feststellung begnügen, daß in Ergänzung des hohen Zieles der Vereinigung die Gewerkschaften die Aufgabe haben, dem Volke zu dem trockenen Brot die nötige Butter zu verschaffen. Das ist positive Sozialpolitik!

Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie.

Keine Kürzung der Transportarbeiterlöhne.

Bekanntlich haben die Berliner Metallindustriellen versucht, die Stundenlöhne der Transportarbeiter um 10 Proz. herabzudrücken. Da Verhandlungen mit den Herren sie in ihrer Absicht nur um etwa einige Prozent geringeren Abzug wankend machen konnten, mußte sich der Schlichtungsausschuss mit der Angelegenheit befassen. Er kam zu einem Schiedspruch, wonach die bisherigen Löhne bis 31. Mai beibehalten werden sollen und von da ab beiderseits gekündigt werden können. Es bleibt nun abzuwarten, aber der BBRZ, es fertig bringt, diesem Schiedspruch seine Zustimmung zu verjagen.

Einigung im Einzelhandel.

Beibehaltung der Handelshilfsarbeiterlöhne.

Am Donnerstag, den 25. März, nahmen die Handelshilfsarbeiter in einer stark besuchten Funktionärskonferenz zu der Verlängerung des Lohnvertrages Stellung. Vollmeier vom Deutschen Verlehrsband berichtete über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Die im August 1925 vereinbarte Sicherungsklausel, die beide Parteien berechtigte, während der Vertragsdauer in Verhandlungen einzutreten, falls die Reichsindexziffer sich um 5 Proz. verändert, glaubten die Arbeitgeber diesmal für sich in Anspruch nehmen zu können. Nach längerer Aussprache kam es zu einer Verständigung, daß die bisherigen Löhne bis zum 2. Juli 1926 verlängert werden, mit 14tägiger Kündigungsfrist. Die Funktionäre stimmten nach einer eingehenden Diskussion der Verlängerung des Lohnvertrages zu.

Tarifverlängerung für Affordmurer.

Der Verband der Baugeschäfte Groß-Berlins hatte den Vertrag der Affordmurer und Affordsteinträger zum 31. März gekündigt. Am Dienstag, den 23. März, wurde über den Neuausschluß eines Vertrages für Affordmurer und Affordsteinträger ein solcher für Affordmurer verhandelt. Im Anschluß an die allgemeine Aussprache wurde vereinbart, daß die bisher bestehenden Tarifverträge für die genannten Berufsgruppen vorerst bis zum 20. April 1926 verlängert werden.

Anfang April werden erneute Verhandlungen gepflogen.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin.

Verband der Affordmurer Groß-Berlins.

Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau.

Bochum, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Von 217 noch in Betrieb befindlichen Felsen des Ruhrgebietes liegt das Betriebsrätewahlergebnis von 70 Schachtanlagen vor. Es erhielten Stimmen: Freie Gewerkschaften 64 057 (1925: 39 576), Christliche Gewerkschaften 22 168 (23 375), Hirsch-Dundersche 1987 (1912), polnische Berufsvereinigung 108 (314), Syndikalisten 1665 (1248), Gelbe 1752 (401).

Weitere Entlassungen bei Krupp.

Essen, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Firma Krupp hat beim Demobilisationsamt die Entlassung von weiteren 2500 Werksangehörigen zum 29. März beantragt. Nachdem bereits am 23. März 1900 Arbeiter zur Entlassung gekommen sind, wird sich die Gesamtzahl der im März entlassenen Werksangehörigen der Firma Krupp-Essen auf 4430 belaufen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wollstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Transportarbeiter der Berliner Metallbetriebe!

Freitag, 2. April, normiertes 9½ Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Charlottenstr. 24 25, wichtige Delegiertenmitarbeiter-Vollversammlung aller Metalltransportarbeiter. 1. Die Lohnvertragsaufhebung durch die Unternehmer und das bisherige Verhandlungsergebnis. 2. Diskussion, wie nach dem Reklamieren auf überprüfbarsten Delegierten haben vorschläge und wahlberechtigt zu erscheinen. Wahlberechtigt sind alle Delegierten und Funktionäre, die als Delegierte und sind vorzuziehen. Ohne Ausnahme kein Zutritt. Die werke Kammerleitungsbestimmungen in der Saalkontrolle auszuhandeln. Betriebe ohne Delegierten haben die Wahl umgehend vorzunehmen und mit einer Wahlbestätigung zu versehen. Kein Betrieb darf anwesend sein.

Deutscher Verlehrsband, Section V.

Wichtig! Rummel! Verhandlungsausschuss! Freitag, Sonnabend, morgen, Sonntag, und am Montag Delegierten-Vollversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, die Delegierten-Vollversammlung zu besuchen.

Freie Gewerkschaften, Westfäl. Deutscher Jugendbund Bremer Str. 10, Westfalenstr. 10, Berlin, Charlottenstr. 24 25.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: Arthur Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Schöner; Redaktion: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karch; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Bornhörs-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68 Lindenstraße 2. Biergarten 2 Bellevue und „Unterhaltung und Wissen“.

Zum Wochen-Ende

besonders billige Angebote bei **TIETZ** Sonnabend 27. MÄRZ

Damen-Wäsche

Trägerhemden aus gutem Wäschestoff, mit Stickerei reich garniert	1 65
Nachthemden aus gutem Hemdentuch, m. Motiv u. Hohlsaum reich ausgef.	2 95
Hemdhosens Windelform, aus gut. Wäschestoff, m. schöner Stickereigarnier.	2 75
Prinzessröcke gutes Hemdentuch, mit schönem Stickereinsatz	2 90

Damen-Strümpfe

In Qualität, in modern. Farben, in Mako mit Doppelsohle, Doppelhochferse und Naht, oder Seidenfaser mit Doppelsohle, Hochferse und Naht.

1 45

Schürzen

Jumperschürzen mit Volant, o. r. Teeschürzen, weiss, mit Stickerei-Einsatz und -Ansatz	95 Pt.
Jumperschürzen in Kretonne und Indigo	1 45
Hauskleid in vielen Größen und better Ausführung	2 95

DAMEN-BLUSEN

Vollvoilejumper mit Sämcchen und Knöpfen garniert	2 50
Jumper aus gutem baumwollenen Crêpe, mit kunstseidenen Streifen, hübscher Band- u. Knopfgarnitur	3 90
Jumper aus weissem Rips, lange Ärmel und Kragen, mit Fältchen reich verarbeitet	5 25
Pullover Wolle mit Kunstseide, lange Ärmel und Kragen	7 50
Unterkleid aus kunstseidenem Trikot, in allen modernen Farben	2 75

Besonders preiswert

Alleinverkauf für Berlin

HASSIA-STIEFEL

in Braun und Schwarz, in unsortierten Größen

für Damen 12 50 16 50 für Herren 18 00 21 00

Herren-Artikel

Weiche Sportkragen aus gutem Pique	50 Pt.
Stehumlegekragen neueste Formen, prima Mako, 4 fach	85 Pt.
Woll- und Lodenhüte für Herren, moderne Formen	3 90
Herren-Wollhüte moderne Formen und Farben	4 90

Herren-Socken

In Qualität, in Baumwolle, gut verstärkt, farbig mit Längstreifen, oder Sehweiße ocken, wolgemischt, oder Jacquard, moderne Muster

95 Pt.

Damen-Hüte

Frauen-Hüte Litzengeflecht, mit tescher Bandgarnitur, in verschied. Formen	3 90
Trotteurs aus Pedalg., fl. ht., in modern. Farben u. Formen	5 75
Damen-Schirme Halbseide, Topf- u. 12 teilig, moderne Griffe	7 90

Märkische Quellen

Nächst Oesterreich ist Deutschland das an natürlichen Mineralquellen reichste Land im europäischen Kontinent. Die eigenartige, vielgestaltige Beschaffenheit unseres Bodens bringt es zuwege, daß noch an tausend und mehr Stellen mineralhaltige Quellen aus Kalk, Ton und Moor erbohrt werden könnten, wenn man ernstlich daran dächte und es sich vor allen Dingen lohnte. Gibt es doch selbst in unserer engeren märkischen Heimat gewisse Gebiete, in denen auf möglichen Flächenraum, meist in der Nähe von Wald und Seen, dutzendfach Quellen sprudeln, und sogar auf Alt-Berliner Boden hat man in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts erfolgreich Soolquellen gebohrt. Das Beste und Einfachste für die Gesundheit braut eben allzeit die Natur. Dicht daneben steht leider des den meisten modernen Menschen angeborene Pech, das viele Gute nicht so ausnützen zu können, wie man wohl möchte. Von jeher hat die leidende Menschheit gefühlt und gewußt, daß auch der Menschenseib keine Starrheit abstreift, wenn in der Natur das gewaltige Wiedererwachen beginnt. Wir lassen uns alljährlich die Brust durchwehen vom Frühlingssehnen, lassen uns predigen von Frühlingskuren, zieht aber der Herbst ins Land, zerflattern unendlich viele Lustschlösser im Nebel. . . .

Jungbrunnen einst und heute.

Lukas Cranach ist der Meister des berühmten Gemäldes vom Jungbrunnen, aus dem die Gebrechlichen und Alten nach kurzem Bade gesund und verjüngt heraussteigen. Ein holder Traum vom Wiederjungwerden, an den die Menschen jahrhundertlang geglaubt haben, und doch nur ein Symbol auf die Verjüngungskraft der Natur und auf gute Lebensbedingungen. Die ältesten Berliner werden sich eines ähnlichen halben Wunderglaubens erinnern, der einem heute mächtig entwickelten Berliner Stadtteil, dem Gesundbrunnen, seinen Namen gegeben hat. Auf der Jagd da oben an der Brunnen- und Egerzierstraße, wo damals noch viel Wald stand, hatte ein höfischer Arzt, nicht ein preußischer König, wie es in der Hohenzollernschen Geschichtsfälschung heißt, ein harmloses Mineralquellchen neben der Paule entdeckt. Der König ließ den Quell fassen, auf den Namen seiner Frau taufen und darüber ein Holzhäuschen errichten. Ganz Berlin pilgerte natürlich nach dem Quell und trank von seinem „Heilwasser“ für einen Dreier oder Sechser. Bald hatte sich dem Holzhäuschen auch eine Bierkeiße und ein Vergnügungsgarten angefügt. Heute ist von all den Herrlichkeiten, die unsere Voreltern so entzückten, nichts mehr an Ort und Stelle vorhanden. Die Quelle war lange Zeit verjodet, das hölzerne Häuschen litt an hochgradiger Altersschwäche. Einzelne seiner bunten Teile sollen in das Märkische Museum gewandert sein. Was man in der näheren und weiteren Umgebung Berlins noch an geschäftlich ausgewerteten Mineralquellen findet, beispielsweise in Rüdersdorf, Muggelheim und in Sphalmühle am Böhmer bei Strausberg, will unter den Nachwehen des Krieges und der Inflation nicht mehr recht auf die Beine kommen, wie es auch vielen bekannten Sprudelbädern außerhalb der Mark so ergiht. Das ist entgegen dem Wohle kranker Menschen die ernste und soziale Seite der Sache. Der mit Kurpark, Trinitätsbassin, Grabierwerk, Römerbrunnen usw. schön angelegte Mineralquell in Alt-Buchholtz am Müllensee hinter Grünheide, bei dem früher während der Badesaison 50 junge Mädchen nur mit dem Spülen, Füllen und Fertigmachen der Versandflaschen beschäftigt waren, ist sogar schon seit elf Jahren nicht mehr im Betrieb. Der Kurpark wurde bald nach der Revolution für das Publikum, das

einst zu Tausenden sich an den Anlagen erfreute, völlig gesperrt, weil Wanderziegel, nicht zu verwechseln mit Wandervögeln, wüsteste Ausschreitungen begangen und sinnlose Beschädigungen angerichtet hatten. Was nützt aber dem anständigen Publikum, das die Absperrung außerordentlich bedauert und um die am See gelegenen Anlagen einen weiten Umweg machen muß, ein „Kurpark“, der längst keiner mehr ist? Was nützt ihm ein schöner Garten, wenn andere drin spazieren gehen? Vielleicht entschließt sich doch noch der Besieger, im kommenden Sommer die Sperre wenigstens versuchs- und zeitweise wieder aufzuheben. Was im Frieden ohne Vergernis möglich war, müßte unter Ausweisung von Standalmachern und Naturvandalen auch jetzt möglich sein.

Zu teuer!

Leichtsin hört man nicht selten: „Das Wasser, das Ihr aus dem Boden nehmt, kostet doch nur das Anlagekapital.“ Wenn es doch so wäre! Alles wird auf maschinellem Wege verrichtet. Heute ver-



Ein Idyll aus dem Lücknitztal.

schlingen die Flaschen, Korken, Kapselung, Befüllung, Gebinde, Verpackung, Fracht und alles andere Drum und Dran ein Heidengeld. Für zehn oder zwölf Mark in der Woche stellt sich kein Rödel mehr täglich acht Stunden an die Spül- oder Füllmaschine. Solche Zeiten sind vorbei. Dazu kommen die Kosten für Kohlensäure, die im natürlichen Zustande und ganz mäßig in den meisten Mineralquellen nur gebunden mit dem Eisen enthalten ist. Kein Menschenmagen würde auch nur einige Wochen lang einen Mineralquell ohne moussierende Kohlensäure vertragen können. Wie also soll der Fabrikant verkaufen? Welcher Kranke aus unbemittelten Kreisen könnte den geforderten Preis, doppelt oder vielleicht dreimal so hoch als im Frieden, noch bezahlen? Selbst die einst mit so großem Beifall aufgenommenen Berliner Brunnenkuren in den Morgenstunden in den Parkanlagen haben darunter bedeutend gelitten.

Trotz der auf vielen Krankheitsgebieten noch vorhandenen ärztlichen Reinigungsverschiedenheiten, die man ohne weiteres auf die heutzutage emsige Forschung zurückleiten kann, besteht aus langer und praktischer Erfahrung kaum ein Widerspruch über den Wert natürlicher alkalischer Mineralwässer zur Durchführung und Beschleunigung des Heilverfahrens. Die Chemie hat auch hier bahnbrechend gewirkt und mit den Fortschritten der Analyse vermeintliche Wunderwirkungen auf einfache Naturvorgänge, die sich freilich in Jahrhunderten und Jahrtausenden entwickelten, zurückgeführt. Deshalb muß im Interesse der Kranken der von den wirtschaftlichen Schlägen der letzten Jahre erzwungene gemaltige Rückgang der sogenannten Trinkkuren, bei dem es sich um viele Millionen von Litern handelt, bedauert werden. In fonte salus — in der Quelle liegt das Heil. Es wieder möglichst vielen wenig Bemittelten zugänglich zu machen, die aus den Schätzen der Natur neue Kraft und Schönheit holen, den überanstrengten Leib auch innerlich leicht und schmerzlos von Schlacken reinigen wollen, ist eine ebenso dankbare hygienische Aufgabe wie die weitestgehende Gewährung von Luft und Licht.

Ich blü' in der Ferne,
Ich seh in der Näh'
Den Mond und die Sterne,
Den Wald und das Reh.
So seh ich in allen
Die ewige Zier,
Und wie mir's gefallen,
Geföll' ich auch mir.
Ihr glücklichen Augen,
Was je ihr geseh'n,
Es sei, wie es wolle,
Es war doch so schön!

(Goethe, Faust II.)

Riefenumläge beim Berliner Postschekamt.

Unter den Trägern des Postschekwesens steht an hervorragender Stelle das Postschekamt in Berlin, das allein im vorigen Jahre bei mehr als 95 Millionen Buchungen rund 25 Milliarden Mark umgesetzt hat. Durch den Postschekverkehr ist der einst so beliebte Geldbriefträger nahezu verschwunden. In steigendem Maße erfreut sich der billige und bequeme Postschekverkehr großer Beliebtheit; er ist ein unentbehrlicher Faktor im Wirtschaftsleben geworden, der andauernd noch seine Stellung festigt und seine Geltung vermehrt. Der Beitritt zum Postschekverkehr ist sehr einfach und bequem. Man braucht nur zu seinem Postamt zu gehen und dort einen Antrag auszufüllen, der am Schalter erhältlich ist.

Onkel Moses.

Roman von Schalom Ush.

„Nun, was sagst du, diese Schnorrer, ha, die Verwandtschaft. Das ernährt man für seine sauer verdienten Groschen. Wenn das eine Tochter verheiratet müßte, die Aussteuer beschaffen, Frau und Kinder nach Amerika bringen, da ist alles zum Onkel gekommen. Wir haben dem Paß geholfen, ihnen zu essen gegeben, und jetzt streiten sie. Da hast du es, Amerika! Und wer? Der Sohn der Schnorrerin, Charlie, der ist ja ein ganzer General bei der Gewerkschaft geworden. Hast du so etwas schon gehört?“

„Mama, was ist geschehen?“
„Hast du denn nichts gehört? Die Landsleute streifen doch, sie kommen nicht zur Arbeit, und Charlie ist ihr Führer.“

Während dieses Gesprächs schob sich ein Kopf in die Tür. Mutter und Tochter erkannten Sams bleiches, energisches Gesicht mit den erschrockenen bittenden Augen.

„Mama, schließ die Tür,“ rief Mafcha erbleichend. „Wohin die Schnorrer schon überall kriechen, das Geschäft genügt ihnen nicht, da kriechen sie noch in das Schlafzimmer.“ Die Mutter warf Sam die Tür vor der Nase zu. . . .

5. Der Streik der Landsleute.

Ein Wunder war geschehen, die Landsleute von Kusmin, Onkel Moses' Verwandtschaft, waren in den Streik getreten. Zuerst begriff der Onkel gar nicht, was geschehen war. Als er sah, wie die Landsleute mitten am Tage sich erhoben, die Arbeit hinlegten und die Werkstätte verließen, glaubte er, ein Unglück sei geschehen.

„Was ist geschehen? Wohin geht ihr?“
Die Landsleute stahlen sich aus der Werkstätte wie Diebe und schämten sich, dem Onkel in die Augen zu sehen. Einer nach dem andern schlüpfen sie fort. Der Onkel hielt Schlojme, den Botengänger, an, der ein guter Bekannter aus der Heimat war.

„Schlojme, wohin gehst du?“
„Ich weiß nicht. Ich habe Auftrag, zu gehen, also gehe ich.“
„Was bin ich eigentlich, bin ich ein Fremder?“ schrie der Onkel. „Bei mir wird gestreikt? Für all das Gute, was ich euch getan habe? Das Geschäft wird doch nur euch zuliebe erhalten, und bei mir wird gestreikt! Gut, gut, ich will ihnen schon zeigen, was streiken heißt.“

Ohne zu antworten, verließen die Landsleute die Werkstätte und versammelten sich in der Chewra Anshe-Kusmin, in derselben Schul', deren Vorsteher der Onkel war.

Es hatte lange gedauert, bis es der Schneidergewerkschaft gelungen war, Onkel Moses' Werkstätte zu organisieren. So lange der Onkel der „inside man“ war, waren alle Versuche erfolglos. Die Landsleute vermochten nicht, sich gegen den Onkel zu erheben, sie konnten sich gar nicht vorstellen, wie sie imstande wären, dem Onkel etwas Schlechtes anzutun. Er ist doch unser Brotgeber, antworteten sie auf alle Einwände. Doch als Sam nach der Heirat des Onkels ihr Herr geworden war, seit Sam sie seine Hand fühlen ließ, wuchs die Unzufriedenheit immer mehr und schuf eine Kluft zwischen den Landsleuten und dem Onkel. So gelang es Charlie und einigen professionellen Agitatoren der Gewerkschaft endlich, heimlich die Werkstätte des Onkels zu organisieren, insgeheim einen Landsmann nach dem andern, bis endlich, ganz unerwartet für den Onkel und seine Getreuen, der Streik ausbrach.

Anfangs war Kusmin sehr kampfesfreudig. Als es sich darum handelte, Streikposten vor der Werkstätte des Onkels aufzustellen, rissen sich alle um dieses Amt. Erwählt wurden dazu Schlojme, der Botengänger, Jossel, der Fuhrmann, und ein paar Juden, die früher Fischer und Flößer gewesen waren, Leute, die imstande waren, auch selbst zuzuschlagen, wenn es notwendig war. Sie steckten Brot und gefotene Kartoffeln in die Taschen und bezogen Schlag sechs Uhr früh ihren Posten vor der Werkstätte des Onkels. Dort standen sie und wachten.

Ein paarmal kam der Onkel auf sie zu und versuchte mit ihnen zu verhandeln:

„Was soll das Stehen für einen Zweck haben?“

„Wir wissen es nicht. Wir haben Auftrag, zu stehen, so stehen wir,“ antworteten die Juden.

„Aber was wollt ihr? Läßt mich doch hören, was ihr wollt.“

„Wir wissen gar nichts, Charlie, alles Charlie. . . . Wir sind einfache Soldaten, wir haben Auftrag zu stehen, also stehen wir,“ antworteten die Juden im Soldatenon, dessen sie sich noch von der Zeit her erinnerten, da sie daheim beim Militär Wache gestanden waren.

„Was, hat euch Charlie nach Amerika gebracht? Hat euch Charlie Arbeit verschafft, Brot gegeben? Das ganze Jahr geht ihr auch zu Charlie, all right!“

„So ist es befohlen.“

„Warum steht der Onkel hier und diskutiert mit ihnen? Wer sind sie denn? Onkel, herein!“ Sam zog ihn beim Ärmel, mit jener Frechheit, die er sich dem Onkel gegenüber angewöhnt hatte, seit Mafcha das Kind geboren hatte.

„Läßt mich, ich will mit ihnen sprechen.“

„Onkel,“ schrie Sam, „ich wünsche, daß der Onkel herein- geht. Mit ihnen darf nicht gesprochen werden, es gibt keine

Verwandtschaft, es gibt keine Landsleute. Mit kommt kein Verwandter mehr über die Schwelle.“

„Alles Charlie. Wir wissen gar nichts,“ antworteten die Landsleute.

Charlie war der Abgott; Charlie kam jeden Abend in die Chewra Anshe-Kusmin und hielt Reden vor den Landsleuten; Charlie brachte andere Redner mit; Charlie lies zu den Zeitungen; Charlie trieb Geld auf; Charlie war der zweite Moses, der gekommen war, die Landsleute von Onkel Moses, dem Pharao von Ägypten, zu erlösen.

In der Chewra Schulchan-Aruch Anshe-Kusmin waren die streikenden Landsleute versammelt. Kusmin ruhte, und es ging zu wie in der alten Heimat an den Halbfeiertagen. Es ist nicht Sabbat, und es ist kein Feiertag — es ist ein Wochentag, und es wird nicht gearbeitet. Daran war Kusmin nicht gewöhnt. Der Streik dauerte bereits acht Tage. Der erste Enthusiasmus war verfliegen, und Kusmin verspürte bereits Sehnsucht nach der Werkstätte. Hunger verspürte noch keiner, jeder hatte, seit die Organisierung erfolgt war, für den Streik etwas zur Seite gelegt, und etwas hatte auch die Gewerkschaft mit Mühe zusammengebracht. Doch Kusmin konnte nicht müßig gehen. Die Ueberlegung ließ ihnen keine Ruhe, der „Zwed“ boherte im Gehirn und nagte am Herzen wie ein Wurm.

„Was soll der Müßiggang für einen Zweck haben?“ fragte einer leise den andern.

„Und was für einen Zweck erfüllst du beim Onkel in der Werkstätte? Das trockene Stückchen Brot — das ist der Zweck.“

„Na, ja, vielleicht, schließlich ist es Auftrag der Gemeinde und die Gemeinde weiß, was sie tut.“

Doch Kusmin blieb inzwischen nicht müßig. Der eine bereitete sich während dieser Zeit ein Plätzchen in der andern Welt vor, indem er einen Tag lang Palmen sagte, ein anderer, welcher mehr gelernt hatte, studierte ein wenig die Mishna; die ganz Ungebildeten machten ein Spielchen bei der Tür der Schul', und die Aelteren machten ihnen Vorwürfe: „An einem heiligen Ort!“ Die Jüngeren antworteten darauf: „Es ist ein Streiklokal.“

Kusmin ging frank und frei umher und hatte nichts zu tun; Kusmin lernte in dieser Zeit Frau und Kinder näher kennen, für die die Männer, wenn sie arbeiteten, keine Zeit hatten; Kusmin ging in dieser Zeit spazieren, beschäftigte sich mit der Hauswirtschaft, stückte die eigenen Kleider, aber Kusmin war nicht zufrieden.

„Um Gottes Willen, Josef, warum dauert das so lange? Was soll es für einen Zweck haben?“

(Fortsetzung folgt.)

50-Millionen-Anleihe der Stadt Berlin.

Anfolge der Unmöglichkeit, für die außerordentlichen Ausgaben der Kämmereiverwaltung Anleihemittel flüssig zu machen, war der Magistrat seit der Währungsreform von 1923 gezwungen, den größten Teil der unaufschiebbaren Routen aus ordentlichen Haushaltsmitteln zu bestreiten. Ein Teil der 1925 vorgesehenen Arbeiten hat dabei infolge der Verschlechterung der Finanzlage noch nicht ausgeführt werden können.

Im Haushalt 1926 kann die ordentliche Verwaltung die großen einmaligen Ausgaben keinesfalls tragen. Der Magistrat muß wieder dazu übergehen, sie dem außerordentlichen Haushalt zuzuwenden und die Ausführung von der Beschaffung von Anleihen abhängig machen. — Der inländische Markt ist für Inhaberanleihen in möglichem Umfang wieder aufnahmefähig geworden. Der Magistrat hat seine sechsjährige Goldanleihe von 1924 in den letzten zwei Monaten zum großen Teil absetzen können. — Unter Berücksichtigung der im Haushaltsplan 1925 vorgesehenen, aber noch nicht ausgeführten Ausgaben, der bei der außerordentlichen Verwaltung 1926 eingestellten Ausgaben und der für die Fertigstellung dieser Bauvorhaben voraussichtlich im Rechnungsjahr 1927 notwendigen Mittel, legt für die Kämmereiverwaltung ein Anleihebedarfs für folgende Zwecke vor:

1. Für Bureaubienstgebäude	8 350 000 M.
2. Gymnasien, Realschulen	2 000 000
3. Studienanstalten und höhere Mädchenschulen	3 163 000
4. Krankenanstalten	5 078 000
5. Vobanstellen	6 157 000
6. Tiefbau (Gründbau, Straßendamm, Straßendurchbrüche)	5 881 300
7. Feuerlöschwesen	185 000
8. Berufs- und Fachschulwesen	430 000
9. Siedlungs- und Wohnungswesen	10 000 000
10. Kapital- und Schuldenverwaltung	4 500 000
11. Gesundheitswesen	1 500 000
12. Zur Abnutzung und Disagio	4 693 700
zusammen	50 000 000 M.

Die einzelnen Bauvorhaben sind in einer Uebersicht erläutert. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich zum Teil mit diesen Projekten bereits beschäftigt, soweit dies noch nicht geschehen ist, werden der Versammlung noch besondere Vorlagen zugehen. Zur Deckung dieses Anleihebedarfs ist in Aussicht genommen, eine Inlands-Inhaberanleihe in Höhe von 50 Millionen Mark mit einer Verzinsung bis zu 8 Proz. pro Jahr und einer Tilgung bis zu 2½ Proz. zuzüglich der ersparten Zinsen aufzunehmen unter Vorbehalt auch einer vorzeitigen Zurückzahlung. Die Finanz- und Steuerdeputation hat in der Sitzung vom 23. März 1926 zugestimmt. Der Magistrat hofft, daß etwa die Hälfte dieses Betrages im Jahre 1926 untergebracht werden wird und bittet die Stadtverordnetenversammlung daher um folgende Beschlusfassung:

„Die Versammlung ist mit der Aufnahme einer Inhaberanleihe in Höhe von 50 Millionen Mark für Zwecke der Kämmereiverwaltung zu einem Zinsfuß bis zu 8 Proz. und einer Tilgung bis zu 2½ Proz. zuzüglich der ersparten Zinsen einverstanden und ermächtigt den Magistrat, die näheren Bedingungen der Anleihe im Einvernehmen mit der Finanz- und Steuerdeputation festzusetzen.“

Eine Kundgebung der Art.

Die Sozial- und Kleinrentner fordern ihr Recht!

Die ein Hohr auf das schöne Wort vom „ruhigen Lebensabend“ wirkte der Anblick einer Versammlung, die am Freitag vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen im Berliner Stadthaus (Klosterstraße) veranstaltet wurde. Sozialrentner und Kleinrentner, alte Frauen und Männer, von denen manche schon so schwach waren, daß sie geführt werden mußten, aber auch jüngere Leute, die durch Unfall oder Krankheit früh ihre Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben, füllten den weiten Raum des Lichtsaals. Das graue Kleid sprach aus dieser Schaar aufgedrängter und hilfloser Menschen, die gekommen waren, in gemeinsamer Kundgebung darüber zu klagen, daß man ihnen den „ruhigen Lebensabend“ durch kleinliche Maßnahmen verliert.

Als Vertreter des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen gab Stadtverordneter Rohde den Beschwerden der Hilfslosen vorendlichen Ausdruck. Nicht immer entspricht die Berliner Fürsorge den Leistungen, die durch Gesetz den Hilfsbedürftigen zugesichert sind. Weil es in Berlin an einer Einheitlichkeit der Behandlung fehlt und jeder Verwaltungsbezirk machen darf, was er will, haben sich Zustände entwickelt, unter denen in manchen Bezirken die Fürsorgeberechtigte schwer leiden. Den Invalidenrentnern sollte das bisherige Rechenverfahren, das die Rentnerhöhung ihnen brachte, nach einer Ministerialverordnung nicht auf die öffentlichen Fürsorgeleistungen angerechnet werden. In manchen Bezirken hatte man es aber sehr eilig, die Steigerung einzurechnen. Die gehobene Fürsorge, die nach den Reichsgrundätzen den Rentnern zugesichert war, ist in Berlin nicht durchgefallen. Man versteht es, daß die Sozialrentner erbittert sind, wenn sie hören, wie z. B. ein Polizeihund bewertet wird. Für die Futterkosten eines Polizeihundes sind monatlich 50 Mark festgesetzt, während sie selber in dem teuren Berlin mit ganzen 42 Mark ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Wenn die Stadt Berlin ihre Alten außerhalb in fremden Anstalten unterbringt, reichen 42 M. nicht. Da muß sie pro Tag 2,30 M., pro Monat 69 M. an die Anstalten zahlen. Die in einzelnen Bezirken gemachten Abzüge von der März-Rente widersprechen der amtlichen Anordnung. Bisher wird in kleinen Gemeinden mehr geleistet als in Berlin. Die Stadt Berlin rechnet auch geringe Nebeneinkünfte an, die nach durch ein bißchen Arbeit verdient werden. Man klagt auch sehr über die Rücksichtslosigkeit, mit der oft Angehörige, die selber kaum den nötigsten Lebensunterhalt haben, zur Unterhaltspflicht herangezogen werden. Genosse Rohde verlangte für die Berliner Fürsorge eine zentrale Regelung mit zentral gestellten Richtlinien. Soziale Rücksichten müssen in der Fürsorge maßgebend sein, ein Recht auf Fürsorge muß gewährleistet werden. In einer Zeit, wo ein Lodenrock und viele tausend andere Offiziere unerhöht hohe Pensionen beziehen, soll man den Rentnern nicht ihre paar Groschen schmälern und ihre Not noch steigern. Der Redner schloß mit der Forderung, daß die Anerkennung des Adels der Arbeit in besserer Fürsorge für die Arbeitsinvaliden sich ausdrücken muß.

Es ging in dieser Versammlung von Allen und Mühen nicht stürmisch her, aber es erglitz eine starke Bewegung die Zuhörer, wenn der Redner in treffenden Ausführungen sich gegen das ihnen zugefügte Unrecht wandte. Eine Aussprache fand nicht statt, und trotz Aufforderung nahm auch keiner der anwesenden Vertreter der Berliner Wohlfahrtspflege das Wort. Aber hoffentlich wird, was sie mitanhören mußten, nicht ohne Wirkung bleiben.

Was sollen die Kindererzieher — ?

Die von der Stadt getroffenen Maßnahmen, erwerbslose Jugendliche in Gemeinschaftsräumen zu sammeln und ihnen ein kameradschaftliches Zusammenleben mit anregender Beschäftigung zu ermöglichen, haben anscheinend bei den meisten Jugendlichen das rechte Verständnis gefunden. Doch Ausnahmen vorkommen, was zu erwarten, doch niemand beurteilt nach ihnen die Gesamtheit der Jugendlichen. In Charlottenburg haben, als in dem Verweilshaus an der Rosinenstraße diese Zusammenkünfte der Jugendlichen begannen, ein paar unverständliche Teilnehmer einen lärmenden Aufstand herbeigeführt. Es war ihnen wohl darum zu tun, vor den anderen ihre „Förderung“ zu zeigen, indem sie gegenüber den Leitern des Zusammenlebens sich ungehörig betrugten. Diese Panik ist bei älteren Schuljungen

beliebt, aber Jugendliche, die ins Leben hinausgetreten sind und schon ihren Mann stehen müssen, lehnen solche Kindererzieher ab. Es gibt freilich Menschen, die — selbst wenn sie die Schuljahre längst hinter sich haben — von der Schuljugendmanier nicht loskommen können. Bei dem Vorfall in Charlottenburg hat es sich in erfreulicher Weise gezeigt, daß die Mehrzahl der Jugendlichen keine Lust hat, ihre Zusammenkünfte hören zu lassen. Die Veranstaltungen sind kein Unterricht und an ihnen teilzunehmen wird niemand genötigt. Wer aber daran teilnehmen will, der muß sich in die Ordnung einfügen, deren Schutz dem wahrhaft Freien als selbstverständlich gilt. Die Störer wurden offenbar von kommunistischen Drahtziehern dirigiert. Aber auch beim Jungtum der Kommunisten wird man Störer gewiß nicht dulden, sondern sie an die frische Luft setzen.

Werbewoche der SAJ.

Heute, Sonnabend, den 27. März, abends 7½ Uhr:

Abt. Helmholtzplatz: Schulaula, Senefelder Str. 6/7, Werbeabend. Programm: Musik, Sprechchor, Rezitationen, Politische Revue. Eintritt frei.

Abt. Warschauer Viertel: Schulaula, Veterärburger Str. 4, Begrüßungsabend. Programm: Musik, Vorträge, Rezitationen, Reigen, Eintritt 30 Pf.

Abt. Köpenick: Aula der Dorotheenschule, Freiheit, Werbefeier. Programm: Gesang, Musik, Rezitationen, Ansprache, Hans-Sachs-Spiel. Jugendliche frei, Erwachsene 20 Pf.

Abt. Neu-Neudamm: Turnhalle der Schule Dörfstr. 60, Frühjahrsfeier.

Schulentlassungsfeiern:

Abt. Friedrichshagen: Schulaula Köpenicker Str. 76. — **Abt. Offen, Petersburger Viertel:** Schulaula Strahmannstr. 6, Eintritt 30 Pf. — **Abt. Offen, Franzfurter Viertel:** Schulaula Rigaer Str. 8. — **Abt. Mariendorf:** Schule Dörfstr. 7, Einführungsabend.

Morgen, Sonntag, den 28. März, abends 7½ Uhr:

Werbebezirk Prenzlauer Berg I: Werbeabend, Treffpunkt ¼ 3 Uhr Böttcherplatz, haben und Musikinstrumente dürfen nicht vergessen werden. Abends 7 Uhr Werbefeier im Jugendheim, Panziger Str. 82, Programm: Musik, Rezitationen, Aufführung der „Politischen Revue“.

Werbebezirk Kreuzberg: Werbeabend, Treffpunkt ¼ 3 Uhr Fontanepromenade, haben und Musikinstrumente nicht vergessen.

Werbebezirk Schöneberg: Werbeabend, Treffpunkt 3 Uhr Grunewald-Edel-Geiststr. Abends 8 Uhr: Hauptstr. 15, Schilddrüsenvortrag.

Werbebezirk Neudamm: Treffpunkt um Werbeabend mit Kreuzberg 1 Uhr Hermannplatz (Spaßbelle). Note haben mitbringen.

Abt. Ballenplatz: Jugendheim Rigaer Str. 102/103, Schulentlassungsfeier mit besonderem Programm.

Abt. Friedenau: Treffpunkt um Werbeabend ¼ 3 Uhr Friedrich-Wilhelm-Platz (Denkmal), Nachzügler 8 Uhr Grunewald-Edel-Geiststr. Musikinstrumente nicht vergessen.

Genossen, schickt eure Kinder zu diesen Veranstaltungen!

Ungerechtfertigte Angriffe gegen einen Richter.

Befähigung einer Gefängnisstrafe.

Die schwersten Beschuldigungen, die einem Richter gemacht werden können, hatte der Aktivist Hubert Lehmann gegen den Vorsitzenden einer Abteilung des Berliner Gewerbegerichts, Magistratsrat Dr. A. erhoben, indem er ihn in Eingaben an den Oberbürgermeister und an die Staatsanwaltschaft der bewussten Rechtsbeugung und der Anfechtung zu Mißhandlungen bezichtigte.

Die Staatsanwaltschaft hatte den Spieß umgedreht und Lehmann wegen wissenschaftlicher Anschuldingung unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten auch zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Dagegen hatte Lehmann Berufung eingelegt und wollte vor der Strafkammer des Landgerichts I den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen antreten. Es wurden auch zahlreiche Zeugen vernommen, und es ergab sich, daß Lehmann als Inhaber einer Kaufirma ein ständiger Gast vor dem Gewerbegericht war, da er ständig von seinen Bauarbeitern wegen Lohnforderungen verklagt worden ist. In fast allen Prozessen wurde die Unternehmerfirma zur Zahlung verurteilt. Die Strafkammer kam aber zu der Ueberzeugung, daß sich aus der Verhandlung nicht das geringste ergeben habe, was die ungewöhnlichen Vorwürfe gegen den Richter rechtfertigen könnte. Der Angeklagte hatte besonders Dr. A. den Vorwurf gemacht, daß er die Klagen in einem Termin veranlaßt habe, mit ihren Forderungen unter 300 M. herunterzugehen, damit das Urteil gegen Lehmann sofort rechtskräftig würde. Auch das erwiebsich als unwahr. Nur einmal hatte ein Beifahrer einen Arbeiter gerufen, die Forderung herabzusetzen, um so schneller zu seinem Recht zu kommen. Darin erblickte die Strafkammer keine Rechtsbeugung, sondern im Gegenteil einen vernünftigen Rat. Obwohl der Angeklagte mit größter Leichtfertigkeit seine Vorwürfe wegen der Rechtsbeugung erhoben hatte, konnte ihn das Gericht in diesem Punkte nicht verurteilen, da er möglicherweise subjektiv das Empfinden des angeklagten Unrechts gehabt haben könne. Wegen Befähigung konnte eine Verurteilung auch nicht erfolgen, da von Dr. A. kein Strafantrag gestellt worden war. Dagegen konnte dem Angeklagten nachgewiesen werden, daß er mit der Behauptung, Dr. A. habe die klagenden Arbeiter aufgefordert, ihren Arbeitgeber zu verprügeln, bewußt die Unwahrheit behauptet habe. Der Richter habe vielmehr alles getan, um Ausschreitungen der über Lehmann empörten Arbeiter zu verhindern und sie mit Ordnungsstrafen bedroht. Wenn Lehmann nach der Verhandlung außerhalb des Saales verprügelt worden sei, so trage der Richter keine Schuld. Die Strafkammer bestätigte daher die vom Vorderrichter erlassene Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis wegen wissenschaftlicher Anschuldingung. Eine Umwandlung in eine Geldstrafe erschien dem Gericht nicht am Platz, da Lehmann bereits wegen desselben Vergehens verurteilt ist. Die Berufung Lehmanns wurde daher auf seine Kosten verworfen.

Der Ausbau des Sportplatzes Schönhauser Allee.

Anfang April werden auf dem alten Tiergartenplatz in der Schönhauser Allee, der vom Bezirksamt Prenzlauer Berg in einen Sportplatz umgewandelt worden ist, die vier ersten Tennisplätze eröffnet. Wie uns mitgeteilt wird, ist der Bau von fünf weiteren Tennisplätzen im April geplant. Die Plätze werden Vereinen, Schulen und einzelnen Spielern zu mäßigen Preisen zur Verfügung gestellt. Dabei werden Schulen, Vereine und Privatpersonen, die im Jahresabonnement spielen, besonders berücksichtigt. Der Bau des neuen Sportgebäudes auf dem Plage, das mit Brausebädern, Ankleideräumen, Klubzimmern und Erfrischungsräumen für Sportler ein guter Aufenthaltsort werden wird, steht ebenfalls der Bollendung entgegen. Für Kleinkinder befindet sich an der Gaudenzstraße ein Spielplatz mit einer Planschwelle im Bau, mit dessen

Freie Sozialistische Hochschule

Sonnabend, 27. März, 7½ Uhr abends, im Sitzungssaal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Str. 3, Vortrag des Genossen Prof. Dr. O. Radbruch-Kiel:

Verbrechen und Strafe in sozialistischer Auffassung

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie im Bureau des Bezirksausschusses, Lindenstr. 11, Hof 27, Zimmer 3, in der Vorwärts-Hochschule, Lindenstr. 2, im Zentralgeschäft Hirsch, Enckeplatz 24/25, im Tabakwaren-GEZ, Inselstr. 4, beim Vorstand der graphischen Mitarbeiter, Ritterstr. 1 und in den „Vorwärts“-Speziallokalen.

Fertigstellung Mitte Mai zu rechnen ist. Um die Kinder den Gefahren der Straßen zu entziehen, ist eine weitere Ausgestaltung des Hofes in Aussicht genommen. Für Erwachsene ist ein verbodener Aufenthaltsraum geschaffen. Die Vergebung der Plätze erfolgt durch das Jugendamt, dem ein Beitrag aus Vertretern der Sportorganisationen beigegeben ist.

Genossenschaftsaufbau.

Kommunistische Wahlniederlagen.

Die Wahlen der Vertreter zur Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung im März vorigen Jahres brachten bekanntlich der kommunistischen Liste eine schwere Niederlage; die Zahl der kommunistischen Vertreter erfuhr gegenüber der früheren Generalversammlungsumfassung eine Verminderung von 191 (einschließlich 16 U.S.B.) auf 123 (einschließlich 1 U.S.B.); das bedeutete einen glatten Verlust von 68 Mandaten oder einem rechtlichen Drittel der früheren Fraktionsstärke. Im Gegensatz hierzu liegt die für die Liste Genossenschaftsaufbau abgegebene Stimmzahl um mehrere tausend was eine Vermehrung ihrer Mandatszahl von 392 auf 407 zur Folge hatte; dieser Zuwachs um 15 Mandate war besonders beachtlich, weil die Gesamtzahl der Delegierten um 53, nämlich von 583 auf 530 herabgesetzt wurde. Am besten kommt die Verminderung des kommunistischen Einflusses und die Stärkung der Position der Fraktion Genossenschaftsaufbau bei Berechnung des prozentualen Anteils der beiden Fraktionen an der Zusammenlegung der Generalversammlung zum Ausdruck: Kommunisten (einschließlich U.S.B.) 1924 33 Proz., 1925 23 Proz.; Genossenschaftsaufbau 1924 67 Proz., 1925 77 Proz. Am schmerzlichsten war es für die Kommunisten, daß durch ihre Niederlage ihre Mandatszahl auf weniger als ein Viertel der Gesamtvertretung sank, während die Fraktion Genossenschaftsaufbau sich die Dreiviertelmajorität errang. Dadurch war es möglich, jene im Interesse der Genossenschaft notwendigen Anträge zur Annahme zu bringen, für die das Statut eine Dreiviertelmajorität vorschreibt; die Sabotageversuche der Kommunisten blieben bei dem sich im Verlauf der Generalversammlungen zeigenden starken Mißverständnis der Genossenschaftsaufbauvertreter zur Ohnmacht verurteilt. Immerhin — eine Hoffnung verblieb der KPD noch: die Genossenschaft eröffnen bei ihrer erfreulichen Entwicklung ständig neue Verkaufsstellen, für die Vertreter gewählt werden müssen. Erreichte die KPD bei diesen Nachwahlen Erfolge, dann konnte es ihr gelingen, die Dreiviertelmajorität der Fraktion Genossenschaftsaufbau zu erschüttern. An Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, haben es nun die Kommunisten nicht fehlen lassen; bei den Ergänzungswahlen arbeiteten sie mit den schmutzigsten Methoden, indem sie die Mitglieder mit Flugblättern überschütteten, die die unflätigsten Verleumdungen und Verdrehungen enthielten. Außerdem zwingt die kommunistische Parteierorganisation jedes Parteimitglied, ob Mann oder Frau, zum Eintritt in die Genossenschaft (Dies geschieht freilich nicht, um die Genossenschaft zu fördern, sondern der Hauptzweck ist, Stimmen für die Wahlen zu bekommen.) Über alle Liebesmüh blieb vergeblich.

In den drei Bezirken 176, 178, 179 gaben die Kommunisten von vornherein das Kampfziel auf; ihre „Aktivität“ brachte nicht einmal eine Vorschlagsliste zustande. Im Bezirk der 181. Abgabestelle mußte ihre mit Mühe und Not zusammengestellte Vorschlagsliste für ungültig erklärt werden, weil man auch Nichtmitglieder als Kandidaten vorgeschlagen hatte. In diesen vier Bezirken liefen die 12 Mandate kampflös der Fraktion Genossenschaftsaufbau zu. Nur in den Bezirken der 177. (Gänge Straße) und 182. Abgabestelle (Alte Schönhauser Straße) kam es zu einem Wahlkampf (für die 182. Abgabestelle am 7. März 1926). Und das Ergebnis? In diesen beiden Bezirken, in denen die Struktur der Bevölkerung den Kommunisten noch die günstigsten Aussichten eröffnete, erreichte die Liste Genossenschaftsaufbau mehr als doppelt so viel Stimmen als die der Kommunisten, von 6 Mandaten erhielt sie vier, die KPD nur zwei. Das Gesamtergebnis der im Laufe eines Jahres notwendig gewordenen Ergänzungswahlen ist also, daß die Vertreterzahl der Fraktion Genossenschaftsaufbau sich um 18 auf 423 erhöhte, die Kommunisten nur eine Zunahme um zwei auf 125 Mandate verzeichnen konnten. Die Dreiviertelmajorität der Genossenschaftsaufbaufraktion hat damit eine Stärkung erfahren.

Auch in den kommenden Monaten werden sich wieder in verschiedenen Bezirken Ergänzungswahlen notwendig machen. Der Ausfall wird um so günstiger sein, je mehr sich die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei der Konsumgenossenschaft Berlin, der Leistungsfähigen, auf dem Boden der Gemeinwirtschaft arbeitenden Verbraucherorganisation, anschließen und so, getreu dem Parteiprogramm und die Aufrufe der freien Gewerkschaften befolgend, in jeder Hinsicht fördern.

Trauerfeier für Wilhelm Ulrich.

Vor einigen Tagen erhielten wir die Kunde von dem tragischen Tod eines unserer tüchtigsten Genossen in Oberschöneweide. Wilhelm Ulrich war von feiger Hand meuchlings niedergeschlagen und unmittelbar darauf seinen Wunden erlegen. Gestern standen wir an der Bahre des Toten. Zum letzten Geleit waren viele Genossen herbeigeeilt. Unüberschaubar war der Zug, stattdlich die Zahl der Banner und Fahnen. Zum Krematorium in Baumhufenweg ging der Zug. Dampfer Trauerwird der Reichsbannertrabantenkorps dröhnte durch die Straßen. Nur ganz Wenige der großen Trauerfeier konnte die letzte Kapelle aufnehmen. Ihren letzten Gruß brachten alle Organisationen, Partei, Gewerkschaften, die Rotbewegung, am Grabe des jahrelangen in der Arbeiterbewegung Tätigen dar. Genosse Dombay sprach Worte des Trostes für Gattin und Kinder. Genosse Kunkler rief dem Parteigenossen den Scheidegruß zu. Ulrichs edle und reine Gesinnung ließ ihn im politischen Kampf nur mit geistigen Waffen kämpfen. Schmerz bewegt stehen wir an der Bahre dessen, der von feiger Hand niedergestochen wurde. Schmerz erfüllt uns, wenn wir daran denken, daß es ein Angehöriger der Arbeiterklasse war, der in den Rechtsorganisationen gegen eigene Klassen-genossen mit brutaler Gewalt kämpfte. Der Betriebsrat des Kabelwerkes Odersee sprach dem Kollegen den Abschiedsgruß. Er konnte mitteilen, daß die Direktion des Kabelwerkes von dem Nordbusen abtrübt. Weithin in den Abend dringt der Klang der Arbeiterlänger: „Das Banner muß stehen, wenn der Mann auch fällt.“

3000 Mark Belohnung.

Der große Wertzeichendiebstahl auf dem Postamt 36 beschäftigt noch weiter die Ermittlungsbehörden. Für die vollständige Klärung und die Wiederbeschaffung der gestohlenen Wertzeichen hat die Oberpostdirektion eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Sie ist für Mitteilungen aus dem Publikum bestimmt. Dabei kommen besonders auch Arbeiter in Betracht, die in den frühen Morgenstunden auf dem Wege zur Arbeit die Gegend des Gärtners Hofes zu passieren pflegen. Bisher hat eine von ihnen am Donnerstag früh in der angegebenen Zeit gesehen, daß jemand mit einem Paket aus dem Postamt 36 an der Ecke der Förster- und Wiener Straße herausgetreten oder daß ein Paket aus den Räumen des Amtes herausgereicht worden ist. Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei in der Köpenicker Straße 61 entgegen. Der verhaftete Schaffner bestritt noch wie vor jede Beteiligung an dem Diebstahl.

Großer Dachstuhlbrand in Neudamm.

Ein sehr gefährlicher umfangreicher Dachstuhlbrand beschäftigte gestern Abend drei Jünger der Groß-Berliner Feuerwehr in Neudamm in dem Hause Reichstraße 9. Gegen 10 Uhr bemerkten Hausbewohner des zweiten Stockes einen starken Brandgeruch. Sie alarmierten die Feuerwehr, die auf den Ruf „Mittelfeuer“ mit drei Älgen an der Brandstelle erschien. Bei Eintreffen der Feuerwehr schlugen aus den Bodenlöchern bereits helle Flammen heraus. Ueber die Treppenhäuser wurde mit 3 C-Rohren gegen

das Feuer vorzugehen. Gegen 11 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt, und die Feuerwehrleute konnten mit der Aufräumung und den Aufräumungsarbeiten beginnen, die sie bis in die späte Nacht fortsetzten. Die Entzündungsursache ist bisher noch unbekannt.

Sexualität und Kriminalität.

Im Rahmen der Vortragsreihe „Ausdrucksformen der Sexualität“ sprach im Hörsaal des Instituts für Sexualwissenschaft Kriminalkommissar Lehner zum Thema „Sexualität und Kriminalität“. Bei der großen Rolle, die der Geschlechtstrieb im Leben des Menschen spielt, wird er zur Triebfeder in den mannigfaltigsten verbrecherischen Handlungen. Selbst dort, wo er für den oberflächlichen Beobachter anscheinend keine Hand nicht im Spiele hat, lauert er in Wirklichkeit im Hinterhalt. Beachtet man in die psychologischen Mechanismen tiefer hinein, so stößt man immer wieder unermüdet auf seine Auswirkung. Der Vortragende gab einen kurzen geschichtlichen Überblick der verschiedenen Ausdrucksformen der Sexualität in den religiösen Kulturen, in den Hergangprozessen, in der Inquisition und deckte dann ihre Bedeutung als direkte und indirekte Ursache von Verbrechen auf. Bei Diebstählen, Täuschungen, Körperverletzungen, Mordtaten und dergleichen mehr ist es immer wieder die Sexualität des Menschen, die ihn zum Verbrecher werden läßt. Sieht man von den direkten Eifersuchtverbrechen und von jenen auf feilschischer Grundlage ab, so kommt man zu der großen Reihe von verbrecherischen Handlungen, die sadistische Elemente aufweisen. Der Referent wolle hier den Begriff Sadismus sehr weit gefaßt wissen. Doch wenn man ihn auch darin nicht folgen konnte, so hatte er zweifelsohne recht, wenn er dem Sadismus bei der Begehung von Verbrechen eine so große Bedeutung beimah. Sehr interessant waren seine Ausführungen über Brandstiftungen, die in sehr vielen Fällen von krankhaft veranlagten Menschen verursacht werden. Er glaubte besonders scharf über die Presse zu Gericht sitzen zu müssen, die durch ihre breiten Ausmachungen der Brandstiftungen suggestives Persönlichkeiten zu neuen Brandstiftungen veranlassen — so sollen zum Teil auch die Berliner Brandstiftungen zu erklären sein.

Frohe Abende für Arbeitstote veranstaltete das Volksbildungsamt Friedrichshagen an drei Abenden, die einen außerordentlichen Zuspruch zu verzeichnen hatten. Frau Käthe Hofbauer-Wyrens (Gesang), Lucie Seidler-Winkler (Violine), Dr. Felix Günther (Fügel) und Werner Bernhardt (heitere Rezitationen) boten leichte, freudige Kunst in munterer Weise dar und verstanden es außerordentlich gut, das Publikum in den Bann der Darbietungen zu ziehen. Außerdem hatten sich bereitwillig Mitglieder des Arbeitergesangsvereins „Fichte-Georgia“ zur Verfügung gestellt, deren Sangeskunst und Sangesfreudigkeit gute Schulung der Sänger bezugte. Vor allem verdienen in diesem Rahmen die Leistungen des Ebert-Ranz-Quartetts Anerkennung, die bewiesen, daß auch in den Arbeitermännchören Gipfelleistungen erzielt werden. Die insgesamt rund 1500 Zuhörer folgten dem Gebotenen in allen drei Veranstaltungen mit regem Interesse.

Jur Feler des Wöchigen Bestehens der Welttennise veranstaltete die Tage heute abend in den Gesamträumen des Zoo ein Ballspiel, das in seiner Art einzig sein wird. Am Mittwoch findet ein Charivari statt, wobei 200 Kritiker gleichzeitig ihre Hände zeigen werden, darauf eine Polonaise der Kaiserlichen Ballettruppe und schließlich ein Ballett der Berliner. Die Ballmusik liegt in besten Händen und wird u. a. auch dem Publikum Gelegenheit geben, sein Tanzbein nach den Klängen des beliebten Boxband-Ensembles und Dirigenten Erud Kopér als Gast zu schwingen. Im Tunnel ist „Kaiserfest auf der Vogelwiese“, Erud Kopér spielt zum Long auf. Die Eintrittspreise sind mäßig.

Volksbildungsvorstellung des Bezirksamts Charlottenburg. Am Donnerstag, den 5. April, nach 8 Uhr, gelangt im Stadt-Schiller-Theater, Charlottenburg, Grolmanstr. 70/72, Kapellm. Brachhounds Besetzung von Bernhard Scham zur Aufführung. Karten zum Preise von 1,10 Mk. einzeln. Artikel und Kleiderablage im Charlottenburger Rathaus, Zimmer 110, erhältlich.

Die Trullgraff-Morgenfeier am Sonntag, domittags 11^{1/2} Uhr, im Deutschen Theater, veranstaltet vom Gau Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, veripicht dank der Mitwirkung hervorragender Künstler nam besonders weiblich zu werden. Sämtliche Mitwirkende — u. a. Ludwig Wallner, Elisabeth Lennartz, Alfred Seierle, Paul Henschel, Maria Baudier, Martha Hartmann, Ade Burgherz, Heinrich Schroth, Raro Hartd, Zeit Harlan, Martin Wolfgang — haben sich selbstlos in den Dienst der Feter gestellt. Die Führer der republikanischen Parteien und viele offizielle Persönlichkeiten haben ihre Teilnahme zugesagt.

Wider Bodenzwinger und Wohnungsspekulation des Tages, über das Genosse Horst Lie. Dr. Eichow 811 am Sonntag, den 28. März, abends 8 Uhr, in der Philipp-Reinhold-Kirche in Neukölln, Arnoldsbrunn 16, predigt.

Oberammergauer Passionspiele. Der Bund religiöser Sozialisten veranstaltet unter Mitwirkung seines Gemischten Chores am Montag, den 29. März, abends 7^{1/2} Uhr, eine Lichtbildvorführung der bekannten Oberammergauer Passionspiele, und zwar in Neukölln im großen Gemeindefestsaal, Herbststr. 2. Der Eintritt ist frei. Freiwillige Sammlung zum Besten der Neuköllner Volksspielung.

Jugendweihen der Groß-Berliner Arbeiterschaft

am Sonntag, den 28. März, vorm. 11 Uhr:

Charlottenburg: Staatl. Schiller-Theater, Grolmanstr.
Friedenau: Aula des Realgymnasiums Komuthstraße
Lankwitz: Aula des Realgymnasiums Schulbuchstraße
Pankow: Aula des Gymnasiums Görlichstraße 43
Treptow: Aula des Realgymnasiums Neue Krugallee 6
Mitwirkende: Männer- und Jugendchor „Harmonie“ / Männerchor „Liebeslust Berlin-West“ / Männerchor „Lampel“ / Männerchor „S.D. Pankow“ / Männerchor „Obersee“ — Orgelkapelle / Musik / Sprechchor
Weiteredner: Lehrer Wilhelm Schmilde, Frau Regierungsrat Hedwig Wachenheim, Otto Meier, R. d. L. Richter Max Krüger, Arthur Griesner, R. d. L. Eintrittekarten sind an der Kasse erhältlich.

12 Todesopfer des Grubenunglücks.

Die wahren Ursachen der Katastrophe.

Das Breuhilche Oberbergamt teilt mit: Das Seilschiffungsunglück auf Jedge Oberhausen hat mehr Tote gefordert, als zuerst übersehen werden konnte. Dagegen hat sich die Zahl der Schwerverletzten vermindert. Es sind insgesamt zwölf Bergleute tot, zwei schwer und 19 leicht verletzt worden. Sämtliche Verletzten und Toten sind geborgen. Bei drei Verletzten besteht Lebensgefahr. Die amtliche Untersuchung, an der sich der Unfallausschuss der Grubensicherheitskommission und die Betriebsvertretung beteiligen, hat bisher über die Ursache des Uebereitens nichts ergeben.

Demgegenüber wird dem Sozialdemokratischen Pressedienst aus Oberhausen folgendes gemeldet: Am Freitag nachmittag wurde im Verlauf der Untersuchung nach der Ursache des Seilschiffungsunglücks auf Jedge Oberhausen 1/11 von dem Unfallausschuss der Grubensicherheitskommission der Bergbehörde und der Staatsonnweitschaft festgestellt, daß das Unglück durch Uebertreiben des Karbes entstanden ist. Der noch unter Tage zur siebenten Sohle gehende Rost war entgegen den bisherigen Meldungen mit 43 Mann besetzt, während die zulässige Höchstbesetzung nur 40 Mann beträgt. Eine Untersuchung der in Frage kommenden Fördermaschine soll im Anschluß an die bisherige Untersuchung durch Maschinenachverständige erfolgen. Erst sie dürfte Klarheit über die Ursache des Unglücks bringen. Schon jetzt kann festgestellt werden, daß die Fördermaschine entgegen der von der Bergbehörde vorgeschriebenen Seilschiffungsregeln während der Fahrt von 8 Sekunden mehr eine solche von 10 bis 11 Sekunden mehr gefahren ist.

Der Motor-Todesfahrer.

Am Donnerstag gegen Mitternacht fuhr der Reisende Helmuth Gruber aus Heidenau bei Dresden mit seinem Motorrad in voller Fahrt auf der Landstraße in einen Trupp junger Männer, die auf dem Nachhauseweg von einer Turnerverammlung begriffen waren. Zwei Turner, Erich Bent aus Dohna und Gerhard Boehme aus Heidenau, waren sofort tot, der Motorradfahrer selbst wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Vier schwerverletzte Turner wurden ins Johanner-Krankenhaus zu Heidenau eingeliefert. Es ist festgestellt worden, daß der Motorradfahrer in einer Kurve mit großer Schnelligkeit auf der linken Straßenseite gefahren ist und daß es ihm nicht mehr möglich war, rechtzeitig die rechte Seite der Straße zu gewinnen.

Flugzeugabsturz über Buenos Aires. Zwei Militärflugzeuge, die über Buenos Aires flogen, stürzten über einer Vorstadt von Buenos Aires ab. Sechs Personen wurden getötet.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr. - Berlin

Wählung. Wählungsstellen! Da die Anträge für die Erlaubnis der Wählungsstellen für das Jahr 1926 einreicht werden müssen, bitten wir um Mitwirkung der alten Gewerkschaften. Die neuen Wählungsstellen, die keinen Zweck auf Wählungsstellen haben können, können jedoch vom Sekretariat holen.

Karten für die proletarische Wählungsstellen am 2. Mai sind zum ermäßigten Preise von 1 Mk. im Sekretariat erhältlich.

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft für bildende Kunst. Die Teilnehmer treffen sich Montag, 29. März, im Gemeindefestsaal, Engelstr. 3, pünktlich 7^{1/2} Uhr. Genosse Prof. Kallmeyer leitet.

Heute, Sonnabend, den 27. März:

Berliner Kreisler: Der Hilfsbundesrat findet heute im Jugendheim Neidenburger Str. 6 statt.

Berliner Kreisler: Im Jugendheim Neuf. Volkshaus, 15. Arbeiterfamiliefeierabend mit Vortrag: „Wie wollen wir die Neugewerben an uns fesseln?“ Erhalten alle Mitarbeiter in Wlad.

Morgen, Sonntag, den 28. März:

Neidenburg: Schulschule, Wladimirstr. 1, Einführungabend.

Berliner Kreisler: Die Wählungsstellen treffen sich am Sonntag, 28. März, nachmittags 11 Uhr, im Jugendheim im Vorraum des Sozialistischen Schiller-Theaters, Charlottenburg, Bismarck-Edelmannstraße. Karten sind mitzubringen. Abt. Oberhausen: Helfer zur Jugendweihen treffen sich 10 Uhr im Jugendheim Neidenburg Str. 6.

Abt. Berlin: Schulschule, Wladimirstr. 1, Einführungabend.

Berliner Kreisler: Die Helfer zur Jugendweihen treffen sich am 7 Uhr morgens am Eingang der „Neuen Welt“.

Sport.

Samson-Körner gegen Haymann.

Seit vielen Monaten ist die deutsche Schwergewichtsmesterschaft im Bogen das Objekt eines heftigen, aber bisher ungeklärten Streites zwischen den beteiligten Kandidaten. Im Rahmen eines durchweg nationalen Programms soll nun am 7. April im Ring der Arena am Kaiserdamm die Vorfrage gelöst werden, wer deutscher Schwergewichtsmeister wird. Der berechnigte Kandidat Paul Samson-Körner tritt Ludwig Haymann entgegen, und der Sieger aus diesem Kampf hat mit Franz Diener im Bewerb um den Titel anzutreten. Damit erhält der Kampftag am 7. April seine Bedeutung.

Bogenschießabend „Maccabi“-„Witten“. Im Langenfeldhaus veranstaltete der jüdische Bogenklub „Maccabi“ kürzlich einen Kampfabend gegen den B. G. Bellen. Einen hervorragenden Kampf lieferten sich Guttman (M.) und Danzig (B.). Der Maccabimann siegte nach Punkten. Alle Kämpfe verliefen hart, endeten jedoch sämtlich ohne Niederlagen. Der Besuch war gut. Einige Ergebnisse: Rortus (M.)-Michael (B.) Rortus siegte nach Punkten. Hoffmann (M.)-Schott (M.) Hoffmann siegte nach Punkten. Rappmann (M.)-Pattist (M.) Rappmann siegte nach Punkten. Hünslens (B.)-Hünslens III (M.) unentschieden. Maccabi mit auch der B. G. Bellen haben gezeigt, daß auch der Nachwuchs über hervorragende Köpfe verfügt.

Zum Osterfest



Eleganter brauner Herren-Schnürschuh mit farbigem wildledernen Einsatz 16⁵⁰

Blond la Cheveau mit 2 Spang n. hellem Einsatz, Ludwig XV. Absatz 16⁵⁰

Blond la Cheveau, Seitenzug, hoch eine graue Flechtung 16⁵⁰

Vornehmer Pump mit gefloch. Losche, harsnuss, grau Cheveau und grau Sammelalb. 19⁵⁰

Braun echt Boxkalf-Spangenschuh, feine und hochmoderne Ausführung. 12⁹⁰

Blond la Cheveau-Spangenschuh, mit echtem L. XV. Absatz 14⁵⁰

Die guten Löwera-Strümpfe, la Qualität, passend zum Schuh und Kleid. von Mk. 1 an

- Braune Herren-Halbschuhe 12⁵⁰ gute Qualität, gelungene Form
- Braune Herren-Agraffenstiefel 12⁹⁰ edel Boxkalf mit Derbyschnitt
- Braune Herren-Agraffenstiefel mit verschiedenen la farbigen Wildleder-Einsätzen in raatigen Formen

Samson & Cie A.G. Burg

113 Verkaufsstellen davon in Gross-Berlin:

- SW. Friedrichstr. 340/341
- NW. Heusenstrasse 29
- N. Danziger Strasse 1
- O. Frankfurter Allee 21
- C. Rosenhofer Strasse 14
- W. Potsdamer Strasse 50
- NW. Turmstrasse 41
- N. Friedrichstrasse 130
- SO. Oranienstrasse 28
- Neukölln, Bergstr. 50/51
- (an der Kurfürstentstr.)
- NW. Wilhelmstr. 57, 23
- N. Mühlentrasse 3
- SO. Wrangelstrasse 49
- Charlottenb., Wilmersd. Str. 122/123
- W. Schillstrasse 18
- N. Drummerstrasse 37
- O. Andreasstrasse 50
- C. Spittelmarkt 14
- Potsdam, Brandenburg Str. 54

Dauerfixierung des Reichstags.

Erledigung der zweiten Etatsberatung.

Im weiteren Verlauf der zweiten Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung in der gestrigen Reichstagsitzung begründet Abg. Wihla (Z.) eine Entschließung zur Einleitung einer schnelleren Hilfsaktion für die aus den abgetretenen Gebieten Verdrängten.

Abg. Philipp (Dnat.) begründet einen Antrag, wonach die Regierung einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Anleihe-Ablösungsgesetzes vorlegen soll. Danach soll für die Markantleihen der Gemeinden bei der Anleiheablösung als Mindestauszahlungsbetrag an Stelle des fünffachen ein höheres Mehrfaches des Nennbetrages der Anleiheablösungsschuld festgesetzt werden.

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.)

richtet die Anfrage an das Finanzministerium, warum der kleine (aristokratische) Zentralverband der Landarbeiter, der im bestehenden Gesetz etwa 1400 Mitglieder, darunter nur 300 Landarbeiter, zählt, nach im Jahre 1925 nachträglich vom Reichsfinanzminister Schlieben 150 000 M. erhalten hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Angeblich habe sich dieser Verband bei der Abwehr des Ruhrereindrucks so tapfer verhalten und bei den Abholzungen in der Pfalz Schaden erlitten. In Wirklichkeit hat dieser Verband nebensächlichen Widerstand damit leisten können, seine Mitglieder und Angestellten haben ja auch während des Ruhrkampfes ihre Bezüge erhalten. Die freien Gewerkschaften, die ihre Pflicht in vollem Maße getan haben, sind niemals mit solchen Anforderungen gekommen. Man hat es noch nicht einmal für notwendig gehalten, sich bei denen, die ihre Schuldigkeit getan haben, nach diesem Verbands zu erkundigen, man hätte sonst erfahren, daß er im Gebiet der Pfalz, wo die Abholzungen erfolgt sind, gar nicht vertreten ist. Namens meiner Fraktion erkläre ich, daß wir darin eine partielle Handlung des Ministers Schlieben sehen. (Beifall bei den Soz., Unruhe rechts.)

Abg. Dr. Leber (Soz.)

Die Deutschnationalen sind immer nur dann aufwertungsfreundlich, wenn sie nicht in der Regierung sitzen. Wir sind erstaunt darüber, daß die Deutschnationalen, die doch jetzt Opposition geworden sind, so lange mit ihren neuen demagogischen Aufwertungsanträgen gewartet haben. Der Abg. Philipp hat sich darüber beschwert, daß die Länder von der Möglichkeit, mehr aufzuwerten, keinen Gebrauch machen. Wir haben uns über diesen Punkt schon im Aufwertungsausschuß unterhalten und dort vorausgesetzt, daß kein Band auf den Gedanken kommen würde, über das Gelegemäßige hinauszugehen. Wir haben damals schon gesagt, daß die Bestimmungen, wonach die Länder höher aufwerten können als das Reich, nichts weiter sei als Augenverblöndung für die, die an eine weitere Verbesserung der Aufwertung geglaubt hatten. Teilweise liegt es mit der Aufwertung bei den Gemeinden. Sie können bis zum Jahresanfang gehen, aber es war damals schon klar, daß keine Gemeinde das tun würde. Das lassen ihre Finanzen auch gar nicht zu, der Finanzausgleich hat ihnen nicht die nötigen Mittel dafür gegeben. Wir werden aus diesem Grunde auch den Punkt 1 der deutschnationalen Entschließung ablehnen. Leber die weiteren Punkte dieser Entschließung ließe sich reden. Auf keinen Fall aber können wir dem ersten Punkte zustimmen, der nur auf neue die Gemeinden befallen und sie in ihren sozialen Ausgaben beschränken würde. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Kemik (Soz.)

verlangt die Bereitstellung größerer Mittel für Volksfürsorge. Der Reichsarbeitsminister sollte bald die Richtlinien der Deutschnationalen übergeben, nach denen sich die Krankenkassen zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen können, zur Bekämpfung der Volksleiden, der Tuberkulose usw. Die Versicherungsträger müssen in die Lage versetzt werden, das Heilverfahren schneller durchführen zu können. Vor allen Dingen muß aber etwas Grundlegendes geschaffen werden zur Bekämpfung der sehr zahlreichen Wohnungsnot. Die Versicherungsanstalten haben zwar schöne Einrichtungen für das Heilverfahren, wenn die Kranken aber wieder in die fürchterliche Wohnungsnot zurückkehren, dann müssen die Folgen der Heilbehandlung bald wieder schwinden. Es müßte auch mehr zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues gesehen. Die Menschen können nur in gesunden Wohnungen gedeihen. Wir verlangen weiter die Beseitigung der Ungleichheit der Kindergebühren bezüge zwischen der Sozialversicherung und der Angestelltenversicherung. Zur Förderung der Volksgesundheit muß endlich einmal eine ganze Arbeit geleistet werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Nach unwesentlichen Bemerkungen der Abgg. Höllein (Komm.) und Behrens (Dnat.) erklärt Abg. Wanderschlag (Dp.) sich zugleich im Namen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei gegen den Anleiheablösungsantrag der Deutschnationalen.

Abg. v. Althofen (Dem.) sieht in dem Antrag der Deutschnationalen den Versuch, das zu verleugnen, was sie seinerzeit als Regierungspartei getan haben.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Dr. Philipp (Dnat.), Dr. Best (Döf.), Dr. Schreiber (Z.) und Dr. Rohj (Z.) erklärt

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.)

Der Abg. Behrens hat behauptet, daß die 150 000 M. dem Zentralverband der Landarbeiter für seine Wirtschaftshilfe gegeben worden seien. Das Reichsfinanzministerium dagegen hat mir mitgeteilt, daß der christliche Landarbeiterverband die Summe erhalten habe als Abfindung für die Verluste, die er durch die Waldverwüstungen der Franzosen erlitten habe. Warum schweigst die Regierung jetzt zu diesem Fall? Sie hat wohl allen Anlaß, jetzt darüber zu schweigen! Es handelt sich für mich nicht um Herrn Behrens und seinen Verband, sondern um die Reinheit der deutschen Arbeiterbewegung! Allerdings hat Herr Behrens, der bisher nichts anderes getan hat, als bei den Arbeitgebern herumzuschnarren, kein Recht, den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie irgendwelche Vorhaltungen zu machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz., Lärm rechts.)

Abg. Frau Arendt (Komm.) verlangt eine bessere Berücksichtigung der Invalidenversicherung.

Abg. Behrens (Dnat.) erklärt noch einmal, daß der christliche Landarbeiterverband die 150 000 M. für seine Wirtschaftsorganisation erhalten habe. Bei dem Ruhrkampf habe diese große Verluste erlitten. Die Sozialdemokraten sollten doch jetzt sozial Schamgefühl haben, nicht darüber zu reden. (Zurufe links.) Etwas Schamgefühl muß der Mensch doch haben! (Große Heiterkeit. Rufe: Ausgerechnet Behrens!)

Abg. Keil (Soz.)

stellt als Berichterstatter fest, daß der vom Abg. Schmidt-Köpenick erwähnte Fall bereits dem Haushaltsausschuß beschäftigt habe. Die Beratungen im Ausschuß sind damit abgeschlossen worden, daß die Regierung um Aufklärung über die Verwendung der Fonds ersucht wurde, die ihr in den letzten Jahren zur Verfügung standen. Diese Aufklärung ist die Regierung bis jetzt schuldig geblieben. Danach bestreite also die Erklärung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, mit der er die Beratungen abschloß, zu Recht, daß die Regierung den ihr zur Verfügung gestellten Betrag von 3 1/2 Millionen Mark nicht eher angreifen darf, als die verlangten Auskünfte erteilt sind.

Damit schließt die Aussprache. Der Haushalt wird angenommen.

Bei der Beratung des Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltsplanes für 1926 wendet sich Abg. Steinkopf (Soz.) gegen einen deutschnationalen Antrag, der eine Änderung der Schlüsselungsgrundsätze bei den obersten Reichsbehörden und bei den oberen Beamten verlangt.

Das Gesetz wird unter Ablehnung des deutschnationalen Antrags angenommen.

Es folgt die zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes über Einstellung des Personalabbaues und Abänderung der Personalabbaueverordnung. Der Ausschuß beantragt, daß einige Artikel am 31. Juli 1926 mit der Waghabe außer Kraft treten sollen, daß erworbene Rechte bestehen bleiben. Diefem Antrag wird nach kurzer Beratung zugestimmt.

Venor das Haus die dritte Lesung des Reichshaushalts beginnt, wird um 4 1/4 Uhr die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen, um den Verteilungsausschuß Zeit zu wichtigen Beratungen zu lassen.

Gegen 5 1/4 Uhr wird die neue Sitzung eröffnet. Inzwischen hat sich die Nachricht von dem Tode des Abg. Fehrendach (Z.) verbreitet. Das Haus ist stark besetzt. Präsident Lohbe eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, die wir an anderer Stelle wiedergeben. Die Rede des Präsidenten Lohbe wurde von den sichtlich ergriffenen Abgeordneten aller Parteien stehend angehört.

Rundmehr beginnt die dritte Lesung des Reichshaushalts.

Abg. Stüdten (Soz.)

Im Entwurf des Haushalts waren keinerlei Beförderungspunkte vorgesehen. Das Kabinett hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß in diesem Jahr an dem Beamtenaufbau nichts geändert werden solle. Dieser Beschluß des Kabinetts wurde damit durchbrochen, daß der Reichspost eine ganze Anzahl neuer Stellen, darunter auch Beförderungspunkte, zugestanden wurden. Unter diesen Umständen wäre es nicht zu vertreten gewesen und hätte eine große Ungerechtigkeit bedeutet, wenn man aus dem Borgehen bei der Reichspost nicht auch Vollwährungen für die anderen Ministerien gezogen hätte. Der Sparauschuß, in dem alle Parteien vertreten sind, hat deshalb einstimmig Vorschläge gemacht, die für eine ganze Reihe von Beamten eine wesentliche Verbesserung bedeuten. Wir wissen, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, aber immerhin kann eine große Anzahl Beamte in höhere Gehaltsklassen aufrücken, und vor allen Dingen war es möglich, eine große Zahl von Diätaren, die teilweise 10 bis 15 Jahre diätarisch beschäftigt waren, endlich in Pianstellen zu überführen.

Die Haushalte des Reichspräsidenten und des Reichstanzlers werden ohne Aussprache angenommen. Beim Haushalt des Innern führt Abg. Meyer-Franken (Komm.) Beschwerde über das Vorgehen der bayerischen Polizei gegen die kommunistische Bewegung.

Ein Antrag, die verfassungsmäßige Ordnung in Bayern wiederherzustellen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Zuerst ist das Abstimmungsergebnis zweifelhaft, die Abstimmung ergibt 209 Reim., 130 Ja-Stimmen.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums weist

Abg. Hufemann (Soz.)

auf die beträchtliche Steigerung der Arbeitsleistung in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie hin. Hier merkt man nichts davon, daß die von der Regierung während ihrer Preislenkungsaktion angekündigten Maßnahmen durchgeführt worden wären. Im Gegenteil, wir haben sogar noch eine Steigerung der Preise zu verzeichnen. Zahlreiche Sachen wurden bereits stillgelegt, im vorigen Jahre wurden 75 000 bis 80 000 Arbeiter abgelegt. Weitere Stilllegungen sind angekündigt, man spricht bereits von der weiteren Verminde rung um 20 000 Arbeiter. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Redner bepricht einen Bericht einer Wagerechtszeche, die erhebliche Teile ihrer Produktion zu Betriebsverarbeiten muß und dazu Bech gebraucht. Allein von November bis März d. J. sind die Preise für Bech um 70 Prozent gestiegen worden. Diese Preissteigerung geht von der Verkaufsvereinigung in Essen aus, an der die Kohlenzechen beteiligt sind. Die schwer um ihre Existenz ringenden Wagerechtsen werden durch diese außerordentliche Preissteigerung für Bech außerordentlich geschädigt. Dem Reichswirtschaftsministerium sind diese Zustände bekannt. Was hat es bisher getan, um ihnen ein Ende zu bereiten? Leider kann der Reichskohlenrat und die Kohlen-gemeinwirtschaft nicht in diese Dinge hineinleuchten, weil sie nur Kohle und Koks, aber nicht die Nebenprodukte des Kohlenbergbaues unter ihre Kontrolle fallen. Die Kohlenförderung hat jetzt fast die Höhe von 1913 erreicht. Wenn wir nicht die ungeheure Abwärtstrie hätten, dann wäre die Förderung der Vortriebszeit schon weit überzogen. Es dürfte jetzt nicht weiter in der Ausschließung neuer Braunkohlengruben vorgegangen werden. Die Zahl der Arbeiter im Ruhrkohlenbergbau ist heute niedriger als 1913; ungeheure Arbeitsentfremdungen sind vor sich gegangen und mein Fraktionskollege Robert Schmidt hatte nur allzu recht mit seiner Bemerkung, daß die Arbeitermassen viel eher Veranlassung hätten nach Hilfe zu rufen, als die Agrarier vom Lande.

Das Reichswirtschaftsministerium hat auf zwei Eingaben der vier Bergarbeiterverbände bisher noch nichts veranlaßt. Es darf nicht nur die sogenannten Wirtschaftsführer hören, sondern mehr als bisher auf die Stimme derjenigen, die die Arbeit im Bergbau leisten und im Dienst der Allgemeinheit stehen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums verlangt Abg. Jansche (Soz.) die Einstellung von 1 Million Mark, die zur Verhütung von Unfällen im Bergbau verwendet werden sollen.

Angenommen wird ein gemeinschaftlicher Antrag der Sozialdemokraten, Zentrum und der Demokraten, die Ausgaben für unterstützende Erwerbslosenfürsorge von 40 auf 200 Millionen und für produktlose Erwerbslosenfürsorge von 60 auf 100 Millionen Mark zu erhöhen.

Zustimmung findet auch der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung von 1 Million Mark zur Förderung der Unfallversicherung im Bergbau.

Beim Haushalt des Reichswehrministeriums kommt Abg. Stüdten (Soz.) auf die Mittelung zurück, die er als Berichterstatter über die Industrieerzeugnisse A.-B. gemacht hat. Er verliest ein Verzeichnis der Firma, die für ihre Bemühungen eine Vergütung von 2 Proz. bezog, und erklärte dann, General von Feldmann war bei mir und hat erklärt, daß er und der General Hiegler keine Auszüge hereinholen, sondern daß sie nur beratend tätig seien. Der Gesellschaft käme es nur darauf an, daß die Behörden gut beliefert werden und daß die Behörden davon behütet werden, von anderen Firmen benachteiligt zu werden. Diese mir gemachte Erklärung unterbreite ich hiermit dem Hause.

Beim Justizetat

bepreicht Abg. Dr. Kosenfeld (Soz.) einige Fälle aus der letzten Zeit, die erneut beweisen, daß in Deutschland noch immer eine einseitige Partei- und Klassenjustiz gegen die Republik und gegen die Arbeiterklasse herrsche. Die Republik duldet es ruhig, daß mon-

archistische Richter ihr Amt mißbrauchen, ja, daß sie sogar republikanische Richter zu beseligen suchen. Das ist ein Zustand, der auf die Dauer unerträglich ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es gibt Fälle in der deutschen Justiz, in denen man nicht anders als von einer bewußten Pflichtverletzung der Richter reden kann. Sie treiben Mißbrauch mit dem hohen Amt, das die Republik ihnen anvertraut hat. Wir werden nicht aufhören, die Deffentlichkeit zu alarmieren gegen die heutige Partei- und Klassenjustiz. Unsere Kritik wird in diesem Hause nicht eher verstummen, bis eine andere Rechtspflege in Deutschland eingetreten ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

In der weiteren Debatte über den Justizetat führt Abg. Haas (Dem.) einige bezeichnende Fälle an, in welcher Weise deutsche Richter gegen Republikaner vorgehen.

Abg. Lohmann (Dnat.), Landgerichtsdirektor in Altona, behauptet, daß in der Zeit der Monarchie die Justiz ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf die Parteistellung gerichtet habe. Das wird von der Linken mit stürmischem Widerspruch aufgenommen.

Abg. Kosenfeld (Soz.) weist die Ausführung des Vorredners als eine Unverschämtheit zurück und wird dafür vom Vizepräsidenten Bell zur Ordnung gerufen. Der sozialdemokratische Redner erinnert daran, daß in der monarchischen Zeit kein Sozialdemokrat Beamter sein konnte, nicht einmal als Nachwächter wurde ein Sozialdemokrat geduldet. Die Existenz solcher Richter, wie des Landgerichtsdirektors Lohmann, beweise, wie berechtigt das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die deutsche Justiz sei.

Der Justizetat wird darauf angenommen. Ohne Aussprache werden verabschiedet der Etat des allgemeinen Pensionsfonds, des Rechnungshofes, der Post und der Kriegslasten. Beim Haushalt des Finanzministeriums wird ein Antrag angenommen, wonach für den Buch- und Vertriebsführungsdienst entsprechende Mittel aufgewendet werden sollen.

Gegen 11 1/2 Uhr abends verläßt sich das Haus auf Sonnabend vormittag 11 Uhr.

Ablehnung der Hauszinssteuer.

Zufallsabstimmung im Landtag. — Kommunistischer Auflösungsantrag.

Im Landtag erfolgte gestern in einer Stunde, in der bereits einige Abgeordnete der Koalitionsparteien das Haus verlassen hatten, die namentliche Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Hauszinssteuer. Die Abstimmung ergab

198 Stimmen gegen

195 Stimmen für

das Gesetz. Dagegen stimmte die gesamte Rechte einschließlich der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Kommunisten. Das Gesetz ist also mit drei Stimmen Mehrheit abgelehnt. Die Bekanntgabe des Resultats verursachte im Hause eine tumultuarige Erregung. Die Rechte brach in stürmische Rufe: „Auflösen! Auflösen!“ aus. Als der kommunistische Abg. Plick es als die Pflicht der Regierung bezeichnete, nach diesem Ergebnis der Abstimmung den Landtag aufzulösen, attestierten ihm nicht nur seine Fraktionsfreunde, sondern auch die Deutschnationalen mit Beifallsrufen und Handklatschen.

Daß im Landtag kein Mensch mit diesem Zufallsergebnis gerechnet hatte, zeigen die vorhergegangenen Einzelabstimmungen, die zum Teil einstimmig erfolgten.

Sie ergaben im einzelnen: Es wird beschlossen, die Steuer wieder Hauszinssteuer zu nennen.

Abgelehnt wird in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 131 Stimmen ein sozialdemokratischer Antrag, die landwirtschaftlichen Gebäude zur Hauszinssteuer heranzuziehen.

Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wird die Steuerbefreiung der Dienstwohnungen der Geistlichen, Kirchendiener usw. angenommen. Es wird weiter beschlossen, die Gebäude öffentlicher Körperschaften, gemeinnütziger Anstalten, fremder Staaten und andere insoweit nicht steuerfrei zu lassen, als sie werdenden Zwecken oder als Familienwohnungen dienen.

Ein volksparteilicher Antrag, bei Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 1500 Mark die Hauszinssteuer auf Antrag zu stunden oder niederzuschlagen, wird mit 198 gegen 195 Stimmen abgelehnt.

Einstimmige Annahme finden die im § 18 vorgesehenen umfangreichen sozialen Minderungsbestimmungen.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Begrenzung der Gültigkeit der Vorlage von zwei auf ein Jahr, und zwar bis zum 31. März 1927 wird mit 190 gegen 186 Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Im übrigen bleibt es bei den Beschlüssen zweiter Lesung.

Die Sitzung ist im übrigen ausgefallen mit der Aussprache über den

Wohlfahrts-Haushalt.

Abg. Bräuder (Soz.) weist den Vorwurf gegen die Krankentassen zurück, sie vergewaltigen zuviel Geld in Verwaltungsstellen und Verwaltungsgebäuden. Auch sei ihnen vorgeworfen worden, sie hätten Rücklage gemacht. Dazu seien sie verpflichtet, und wenn sie diese Gelder zu billigen Zinsen für den Neubau gäben, so sei das in sozialem Interesse nur dankbar zu begrüßen. Was haben denn die Krankentassen verbrochen, daß sie so angegriffen werden? Sie haben versucht, daß zugunsten der Versicherten und der Volksgesundheit jährlich drei Millionen gespart werden; sie stehen nicht auf dem Standpunkt, daß der kranke Mensch ein Objekt zur Erzielung von Gewinnen sei.

Beim Kapitel „Allgemeine Volkswohlfahrt“ spricht Abg. Frau Egg (Soz.) die Frage der sozialen Fürsorge für Frauen und bedauert, daß die Fürsorgetinnen nicht in genügender Zahl aus den Kreisen entnommen werden, für die sie wirken sollen, und verlangt, daß die Fürsorgetinnen so gestellt werden, daß sie nicht selbst der Fürsorge anheimfallen. Die Sozialdemokraten würden im übrigen für Förderung der Leibesübungen und des Sportes eintreten. Notwendig für die Gesundung der Bevölkerung und der Wirtschaft gleichermassen sei die Rationalisierung des Washingtoner Abkommens; nur durch geringere Arbeitszeit und höhere Löhne würde die innere Kaufkraft gesteigert.

Abg. Steinhoff (Dnat.) tritt den Ausführungen der sozialdemokratischen Rednerin entgegen. Der Volkswohlfahrt könne man wirksam dadurch helfen, wenn man dafür Sorge, daß schaffende Arbeit geleistet und das Gefühl der Selbstverantwortung des einzelnen gegen seine Familie gestärkt werde. Vor allem gelte es, Raum zu schaffen für die freie Wohlfahrtspflege, die ehrenamtlich geleistet werde.

Kommunistischer Auflösungsantrag.

Um 1 1/2 Uhr schlägt Präsident Bartels Veragung vor. Abg. Plick (Komm.) stellt den Antrag, folgenden Antrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung der Sonnabenditzung zu stellen: Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag wird aufgelöst; Neuwahlen finden am 8. Mai 1926 statt.

Der kommunistische Wunsch, vorstehenden Antrag als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung der Sonnabenditzung zu setzen, scheitert geschäftsordnungsmäßig an dem Widerspruch der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums. Der Widerspruch dieser Parteien wird mit ungeheurem Lärm von den Kommunisten und Geisler auf der Rechten entgegengenommen.

Der Landtag verläßt sich auf Sonnabend 10 Uhr vormittags: Kleine Vorlagen.

Der Jahresabschluss der Reichsbank.

In der gestrigen Generalversammlung der Reichsbank wurde der Verwaltungsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr 1925 vorgelegt. Bei dieser Gelegenheit ergriff Präsident Schacht das Wort zu längeren Ausführungen, die sich sowohl mit der Bedeutung der Bank, als Zentralnoteninstitut und Hüterin der Währung als auch mit dem privatkapitalistischen Erfolg des Unternehmens im Jahre 1925 beschäftigten. Bei der eigentlichen zwiefältigen Natur der Reichsbank als öffentliches und als privatwirtschaftliches Unternehmen gehen die beiden Sachgebiete naturgemäß in großem Umfang ineinander über.

Künstliche Geschäftseinschränkung im Interesse der Währung: Die Kreditkontingentierung.

Das ganze abgelaufene Jahr stand noch unter dem Zeichen der im April 1924 begonnenen Kontingentierung der Kredite. Der Bericht sagt hierüber:

„Die im Interesse der Währung eingeleitete straffe Kreditpolitik konnte auch im Berichtsjahr zunächst nicht aufgegeben werden. Es wurden jedoch durch verschiedene weitere Maßnahmen der Reichsbankleitung die Mängel der Kreditkontingentierung immer mehr ausgeräumt, insbesondere je nach Jahreszeit und örtlichem Bedarf weitgehende Ausgleichungen und erhebliche Ueberschreitungen der Kontingente vorgenommen. Von großer Bedeutung war ferner, daß die Reichsbank sich bereit erklärte, Akzeptie bestimmter erster Banken und Bankiers heranzunehmen, ohne sie auf das Kontingent in Anrechnung zu bringen, das sie sich für die Kreditgewährung gesetzt hatte.“

Zu viel oder zu wenig Kredite?

Der Bericht geht auf die Fragen der Kreditpolitik und der Zinshöhe, die während des letzten Jahres die Öffentlichkeit dauernd beschäftigt haben, weiterhin nur ganz kurz ein. Insbesondere wird über die gleichsam automatisch eingetretene Aufhebung der Kontingentierungspolitik Ende 1925 nichts Näheres gesagt. Die Reichsbankleitung verwahrt sich dagegen, daß sie in der Kreditgewährung und in der Aufnahme von Devisen, wie von mancher Seite behauptet wird, bereits zu weit gegangen sei. Andererseits stellt sie fest, daß während des abgelaufenen Jahres, trotzdem aus dem Ausland Kapitalbeträge von schätzungsweise 2½ Milliarden Mark hereingekommen sind, die Reichsbank in der Gewährung von Krediten bis zur Grenze des Möglichen vorgegangen sei. Aus dem steigenden Anteil der Wechselproteste und der ins Stocken geratenen Wechsel- und Lombardforderungen sei zu erkennen, daß die Reichsbank keine unangebrachte Zurückhaltung geübt habe. Der Gesamtbetrag der im Jahre 1925 angekauften Wechsel und Schecks stellt sich auf 17,28 Milliarden Mark gegen 17,83 Milliarden im Vorjahre. Außerdem wurden an Auslandswechseln und Schecks über eine Million Stück im Betrage von 3,43 Milliarden (gegen 2,40 Milliarden im Vorjahre) angekauft sowie Golddiskontantwechsel im Betrage von 106,5 Millionen. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich während des abgelaufenen Jahres beträchtlich von 1941 auf 2060 Millionen Mark gesteigert.

Währungsstabilität und Goldverkaufspolitik.

Zur Frage der Währungsstabilität stellt die Reichsbank fest, daß alle angeforderten Devisenbeträge stets und in voller Höhe zur Verfügung gestellt werden konnten, so daß praktisch die Goldlösung der Noten wieder hergestellt war. Auf die Anfrage eines Anteilseigners wurde erwidert, daß man von der Schaffung von Goldmünzen vorläufig im praktischen Interesse noch Abstand nehmen wolle; ein Bedarf sei nicht vorhanden und die Beschaffung von Gold durch Einkauf gegen Devisen im Ausland sei Interessenten jederzeit möglich. Der Goldbestand der Bank hat sich während des abgelaufenen Jahres dauernd weiter vermehrt und ist von 759,6 auf 1208,1 Millionen Mark (womit nur 96,6 Millionen im Ausland) gestiegen, womit der Stand von Ende 1913 beträchtlich überschritten wurde. Die Vermehrung des Goldbestandes ist angeblich deshalb notwendig gewesen, um für den steigenden Notenumlauf die erforderliche 30prozentige Golddeckung zu beschaffen. Man sei hierin sogar noch weiter gegangen, als für die augenblicklichen Bedürfnisse notwendig war, um für unvorhergesehene Fälle und für den im Gange befindlichen Umlauf von Rentenbanknoten gegen Reichsbanknoten vorzulegen. Außerdem sei die Ansammlung von Gold eine Maßnahme, die schon aus markttechnischen Gründen nur allmählich und auf lange Sicht betrieben werden könne. Die Reichsbank erkennt in diesem Zusammenhang deutlich an, daß sie in den Fragen der Gold- und Devisenpolitik bei den befreundeten ausländischen Zentralnotenbanken stets volles Verständnis und bereitwillige Mitarbeit gefunden habe.

Die Höhe der „geheimen“ Devisenreserven.

Vom Devisenbestand der Reichsbank wird nämlich nur ein Teil ausgewiesen, nämlich derjenige, den die Bank zu Deckungszwecken reserviert. Dieser Betrag ist im abgelaufenen Jahr von 253,2 auf 402,5 Millionen Mark gestiegen. Dazu kommt noch der Bestand in Auslandswchseln und Schecks in Höhe von 543,7 (gegen 169,5) Millionen Mark, der nicht in den Wochenausweisen, sondern lediglich in der Jahresbilanz bekanntgegeben wird. Die inländische Wechselanlage zum Jahresabschluss stellt sich auf 1329,03 Millionen (gegen 1879,86 Millionen im Vorjahre).

Die starke Vermehrung des Devisenbestandes wird von der Bankleitung damit begründet, daß sie zur Aufnahme aller Devisenbeträge am offenen Markt gezwungen sei, um nicht vorübergehend eine Ueberschreitung der Mark gegenüber ausländischen Währungen herbeizuführen. Die der Reichsbank angebotenen Devisen entstammen zum größten Teil, soweit es sich nicht um liquidisierte Reserven der Unternehmungen aus der Inflationszeit handelt, den Mitteln der Auslandskredite, soweit sie nicht direkt zur Finanzierung von Exporten herangezogen wurden.

Auscheiden der Rentenbanknote.

Aus den Beziehungen der Bank zur Rentenbank und Golddiskontbank ist hervorzuheben, daß das Darlehen bei der Rentenbank in Höhe von 800 Millionen Mark, das sich zu Jahresbeginn noch auf 456,5 Millionen Mark gestellt hatte, inzwischen durch Uebertragung von Agrarwechseln aus dem Vorbesitz der Reichsbank auf die Rentenbank abgedeckt worden ist. Während des Berichtsjahres sind Rentenbankcheine in Höhe von 371,4 Millionen Mark getilgt worden. Die Mittel hierzu entstammen zu 60 Millionen aus Reichsmitteln, zu 55,6 Millionen aus dem Anteil des Reichs am Gewinn der Reichsbank, zu 62,4 Millionen aus Grundschuldszinszahlungen zugunsten der Rentenbank und zu 193,4 Millionen aus der Abwicklung der Rentenbankkredite.

Der privatwirtschaftliche Ertrag: 10 Proz. Dividende.

Der Rohgewinn im Jahre 1925 beziffert sich auf 181 Millionen Mark gegen 307,1 Millionen im Vorjahre. Der Rinderertrag gegenüber 1924 erklärt sich in erster Linie aus der Ermäßigung der Zinsätze für die Kreditgeschäfte und der Beseitigung der Gebührensrechnung im Giroverkehr, außerdem dadurch, daß der vorjährige Gewinn durch einmalige größere Einnahmen vergrößert war. Von Bedeutung ist ferner, daß die Reichsbank im letzten Jahr nicht weniger als 43,8 Millionen Mark aus ihrem normalen Geschäftsgewinn an die öffentlichen Stellen — als Zinsbetrag für die in öffentlichen Geldern rediskontierten Wechsel — zu zahlen hatte.

Die Ausgaben betragen insgesamt 138,3 Millionen Mark, wovon 85,9 Millionen auf die Verwaltungskosten und 49,2 Millionen auf Rückstellungen entfallen. Aus der Tatsache, daß die Verwaltungskosten wahrscheinlich nicht in irgendwie erheblichem Umfange reduziert werden können, folgert der Reichsbankpräsident, daß bei Wiederkehr normaler Verhältnisse, d. h. bei einem Wechselportefeuille in Höhe von 700 bis 800 Millionen Mark und einem Diskontsatz von 5 Proz. ein ausreichender Gewinn für die Ausschüttung an die Anteilseigner nicht mehr vorhanden sein werde. Deshalb sei es notwendig, aus dem verbleibenden Reingewinn von 42,7 Millionen Mark einen größeren Betrag, nämlich 9,7 Millionen Mark, dem Spezialreservofonds für künftige Dividendenzahlungen zuzuführen, der damit auf 33,4 Millionen anwächst. Die Verteilung des Reingewinns erfolgt auf Grund des Bankgesetzes in der Weise, daß zunächst 20 Proz., d. i. 8,5 Millionen Mark, dem gesetzlichen Reservofonds zufließen, während 12,2 Millionen zur Tilgung der Rentenbankcheine an das Reich fließen und den Anteilseignern wieder, wie im Vorjahre, eine Dividende in Höhe von 10 Proz. bewilligt wird. An der Dividendenzahlung nehmen diesmal 122,8 Millionen Reichsbankanteilscheine teil, gegen nur 90 Millionen im Vorjahre, da das begebene Grundkapital der Reichsbank im Januar 1925 bis auf diesen Betrag erhöht worden ist.

Der Streit um die Gewinnverteilung.

In der Generalversammlung kam es wider Erwarten nicht zu einer größeren Debatte. Man war darüber unterrichtet, daß von gewisser Seite ein Vorstoß der Anteilseigner erfolgen würde, die eine reichlichere Bemessung der Dividende bei geringerer Zuweisung an die Spezialreserve verlangten. Der Sprecher dieser Gruppe, ein holländischer Bankvertreter, fand jedoch in der Versammlung keine Hilfe und sah sich angesichts der energischen und geschickten Polemik des Reichsbankpräsidenten gezwungen, seinen Antrag auf Ausschüttung einer 15prozentigen Dividende zurückzuziehen.

Die Befürchtungen, daß sich infolge der Dawes-Gesetze eine Ueberschreitung der Reichsbank ergeben würde, haben sich übrigens als unbegründet erwiesen. Ende 1925 war nur ein Sechstel der Anteile im Betrage von 21,75 Millionen in ausländischer Hand.

Neue Diskonterabschätzung.

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank gab der Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Ueberblick über die Entwicklung der Lage der Bank im neuen Jahre, deren bestmögliche Gestaltung das Reichsbankdirektorium veranlaßt hat, schon jetzt eine Diskontermäßigung vorzunehmen, da nach Lage der Verhältnisse der bevorstehende Monatsabschluss keine über das normale Maß hinausgehende Anspannung bringen wird und eine Anpassung der umfließenden Geldhöhe an die Verhältnisse am offenen Geldmarkt erwünscht erschien. Mit Wirkung vom 27. März ist der Diskontsatz von 8 Proz. auf 7 Proz., der Lombardsatz von 9 Proz. auf 8 Proz. herabgesetzt worden.

Siemens über die Rationalisierung.

Anlässlich der Generalversammlung der Siemens u. Halske A.-G. führte Herr C. F. von Siemens etwa folgendes aus: Die Gesellschaft habe außer den gewöhnlichen sozialen Lasten obendrein freiwillig für Wohlfahrtszwecke 6,9 Millionen Mark ausgegeben, ein Betrag, der zu der ausgeschütteten Dividende von 3,46 Millionen in einem argen Mißverhältnis stehe. Herr von Siemens hält aber diese Wohlthätigkeit für notwendig, weil auf ihr das Solidaritätsgefühl der Angehörigen des Siemens-Konzerns beruhe. Daß er aber dann kein Recht hat, über die allgemeinen sozialen Lasten zu klagen, wenn er aus Betriebsgründen seine eigene Sozialpolitik treibt, erkennt er nicht.

Herr von Siemens bekannte sich als Anhänger der Rationalisierung, „soweit nicht durch übertriebene Verfolgung andere Werte zerstört würden“. Das Haus Siemens habe bereits durch den Zusammenstoß der hauptsächlichsten Glühlampenwerke nach dem Krieg und neuerdings durch eine enge Vereinigung auf dem elektromechanischen Gebiete gezeigt, daß es von diesen Plänen zum Ruhm der Wirtschaft Gebrauch mache. Die Schlagworte horizontal und vertikal spielten eine große Rolle. Er gab zu, daß die vertikale Organisation auf finanziellem Gebiet nicht immer am schnellsten sichtbare Erfolge brächte. Schlagwortartig könnte man sagen: vertikal sieht man die Erfolge in der Förderung der Technik, horizontal auf kaufmännischem und Verwaltungsgebiete.

Es wäre zu begrüßen, daß der Staat die Rationalisierungsbestrebungen unterstütze. Es dürfe aber nicht verschwiegen werden, was sie im Grunde bedeuten: mit weniger Menschen dieselbe Leistung zu vollbringen. Es wäre eine bittere Arznei, die Arbeitslosigkeit würde sich zunächst vergrößern, aber schließlich würde durch eine Produktionsverbilligung wieder eine Belebung der Wirtschaft und eine allgemeine Verbesserung eintreten.

Es würde jetzt häufig erörtert, durch Zusammenlegung von Betrieben die Rationalisierung zu fördern. Man dürfe aber nicht vergessen, daß auch juristische Personen keine Maschinen sind, sondern daß ihre Stärke vielsach in der Individualität läge. Wenn z. B. die Romantfirmen der Siemens-Rheinische-Schultert-Union sich bereit erklärt hätten, ihre Produktionsstätten in die Vereinigten Stahlwerke einzubringen, so bedeute dies unter Zurückstellung aller persönlichen Motive, allein nach sachlichen Ueberlegungen in vieler Beziehung ein großes Opfer. Durch den von Rheinische be-

absichtigten Eintritt in die Vereinigten Stahlwerke würde der mit Siemens u. Halske abgeschlossene J.-G.-Vertrag in wesentlichen Punkten undurchführbar. Die Träger der Gemeinschaft auf der Montanseite übertragen ihre gesamten Produktionsstätten auf eine neue Gesellschaft. Damit wäre die bisherige Parität gleich großer Produktionsgesellschaften, die in enger Gemeinschaftsarbeit standen und ferner die Möglichkeit eines Gewinnausgleiches nicht mehr vorhanden. Es sei aber der feste Wille und die sichere Hoffnung vorhanden, neue Wege zu finden, um im bisherigen Geiste die gemeinsamen Arbeiten fortzusetzen, da sie Erfolge gebracht habe. Die Schwerindustrie habe schon seit Jahren durch die Zusammenfassung von Kohle und Eisen große Vorteile gehabt. Die Gründung der Vereinigten Stahlwerke sollte einen weiteren großen Schritt in der Hebung der Wirtschaftlichkeit bringen. Redner hält die Gründung des Montantrustes für richtig. Er sei aber nicht schematisch in jeder Industrie anzunehmen; bei Eisen und Stahl wären die Verhältnisse hierfür sehr günstig, anders auf den Gebieten der Feinindustrie. Jeder Schritt müsse vorsichtig abgemessen werden.

Die Generalversammlung beschloß, den Aufsichtsrat und Vorstand zu ermächtigen, Vereinbarungen über die Umgestaltung der Betriebsbeziehungen und die erforderliche werdende Auseinandersetzung zu treffen, ferner von einem Gewinnausgleich abzusehen wie in den Inflationsjahren, da der Vertrag auf circa 80 Jahre abgeschlossen ist und ein Jahr allein daher nicht der Abrechnung unterworfen werden kann.

Herr von Siemens gehört zu denjenigen Unternehmern, die das Heil des Betriebes in schlecht bezahlten Arbeitern sehen, die auf die Wohlthaten ihrer Arbeitgeber angewiesen sind. Wenn er an einer Stelle der Rede den Reichsarbeitsminister für die Wirtschaftskrise verantwortlich macht, so möchten wir doch darauf hinweisen, daß gerade dieser mit seinen Taten oft sehr weitgehend für die Unternehmer eingetreten ist. An der Wirtschaftskrise ist doch zum großen Teil das Unternehmertum selber schuld, das in der Inflation sein Kapital nicht so angelegt hat, wie es gefunden Betriebsgrundlagen entspricht. Die Gewerkschaften wehren sich mit Recht dagegen, die Arbeiter zu Bettlern machen zu lassen, die auf die Wohlthaten ihrer Arbeitgeber angewiesen sind. Sie verlangen, daß Arbeiter für ihre Arbeit so bezahlt werden, daß sie einen ausreichenden Verdienst haben. Diesen Schutz der „Individualität“, den Herr von Siemens seinen Direktoren so freudig zuerkennt, sollte er auch gegenüber den Arbeitern gelten lassen!

Zur Gründung des westdeutschen Montantrustes machte Generaldirektor Haslach in der Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke, in der die Genehmigung zum Beitritt erteilt wurde, folgende Mitteilungen: Die Kohlenabgabegemeinschaft, der die Werke angehören, hat eine Beschäftigung der Werke von 65 Proz. vorgezogen. Praktisch war die Beschäftigung wesentlich geringer. Die Beschäftigung hat sich auch in den letzten Monaten nicht wesentlich günstiger gestaltet. Der amerikanische Kohlenstreik brachte zwar eine vorübergehende Entlastung des deutschen Kohlenmarktes, ferner ist eine noch nicht lange dauernde Belebung des Eisenmarktes festzustellen. Der einzige Lichtblick in der ungünstigen Wirtschaftssituation der Eisenindustrie ist der baldige zu erwartende Abschluss von internationalen Verträgen und die Hoffnung auf den Abschluss von Handelsverträgen. (Das sagt ein Vertreter der Schwerindustrie, die durch die tatkräftige Unterstützung der Sozialpolitik dem Abschluss von Handelsverträgen die größten Schwierigkeiten bereitet hat!) Wesentlich wird zu der Erleichterung des Abschlußes des Montantrustes beitragen, wenn durch den jetzt vorliegenden Steuerkompromiß die Steuerlasten bei Fusionen gemildert werden. Interessant ist dann noch die Mitteilung Haslachs, daß die Direktoren der Grubergesellschaften durchweg übernommen werden, während in vorhergehenden Generalversammlungen von Grubergesellschaften ausgeführt wurde, daß die Zusammenlegung von Betrieben, die mit der Gründung des Montantrustes verbunden seien, ein Abbau von Arbeitern und Angestellten unvermeidlich sei.

Eine gemeinnützige Kleinwohnungsbaugesellschaft in Hamburg. Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei Hamburg haben am Donnerstagabend eine gemeinnützige Kleinwohnungsbaugesellschaft gegründet, an der auch der Hamburger Staat verantwortlich beteiligt wurde. Die Gesellschaft wird vom Staat insofern bevorzugt, als ihr Baugelände zinslos zur Verfügung gestellt wird und staatliche Baugelder unter besonders günstigen Bedingungen erhält. Der Hamburger Senat übt für diese Vergünstigungen, die der Gesellschaft gewährt werden, im Aufsichtsrat einen starken Einfluß aus. Wenn von den drei Senatsvertretern des Aufsichtsrats nur zwei irgendwelchen Beschlüssen widersprechen, so obliegt die endgültige Entscheidung dem Senat selbst bzw. der Finanzdeputation. Ein ähnlich starker Einfluß ist dem Senat auch auf die Gesellschafterversammlung eingeräumt worden, soweit es sich um eine Veränderung des Gesellschaftsvertrages oder eine Auflösung der Gesellschaft handelt. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt etwas über 200 000 Mark. Bei einer Auflösung fällt das gesamte Vermögen der Gesellschaft nach Rückzahlung des Stammkapitals dem Hamburger Staat zu. Auf die durch diese Neugründung von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ergriffene Initiative wird allgemein große Hoffnung gesetzt.

C. J. Vogel, Draht- und Kabelwerke. Wenn die durch Generalversammlungsbeschluß in C. J. Vogel, Draht- und Kabelwerke, A.-G., umgebaute Fabrik isolierter Drähte sich darauf beschränkt, bei einem Reingewinn von 678 487 M. (Aktienkapital 8 320 000 M.) eine Dividende von 5 Proz. zu verteilen, so begründet die Verwaltung das mit dem sehr wenig flüssigen Status der Bilanz. Dieser zwingt sie, nur das Allernotwendigste an Geld aus dem Betriebe herauszunehmen. Die Finanzpolitik sei — so wurde ausgeführt — um so notwendiger, als das Unternehmen reichlich mit Aufträgen versehen ist und weiter Aufträge von der Reichspostverwaltung und durch das Einleihen der Sautätigkeit erhofft. Die anhaltende günstige Beschäftigung ermöglichte es dem Unternehmen, den Arbeiterabbau in sehr engen Grenzen zu halten. Die erzielten Preise können als ausreichend bezeichnet werden. Die Gesellschaft gab selbst zu, daß das dreifache Stimmrecht keine Berechtigung habe. Die Konsequenz jedoch, daß das dreifache Stimmrecht beibehalten werden müßte, ist noch nicht gezogen. Vorläufig schweben darüber aber erst „Erwägungen“.

„Komet-Freilauf“
gehört in jedes Fahrrad!
Unverwundlich im Gebrauch!

Bei
Zucker, Gallensteinen,
Magen-, Darm-, Leber-,
Nieren-, Blasenleiden,
Gicht und Katarrhen
Eröffnung der Badesaison und des
Kurhotels 27. März Bade- u. Haus-
kurschriften durch Kurdirektion
Bad Neuenahr (Rheinland)

Neuenahrer Sprudel

die einzigen alkalischen
Thermen Deutschlands
(rein natürliche Füllung)
Zur Vorkehr einer Trink- u. Badekur
in Neuenahr oder als Hauskur ohne
Berufshilfe
Haupt-Niederlage, Brunnenvertrieb
A.-G.: Abt. Dr. M. Lehmann, York-
straße 39 — Abt. J. F. Heyl & Co.,
Charlottenstraße 66.

Das Lesen.

Von Anton V. Tschschom.

Am Kabinett unseres Vorstehers Iwan Petrowitsch Semipalatom sah der Theaterunternehmer Salamidow und unterhielt sich mit ihm über Spiel und Schönheit unserer Damen von den Brettern.

„Rein, da bin ich anderer Meinung,“ sprach Iwan Petrowitsch, während er Anweisungen unterschrieb. „Sofja Jurjewna ist ein starkes, ursprüngliches Talent! So lieb, wissen Sie, so grazios . . . so entzückend . . .!“

Iwan Petrowitsch wollte fortfahren, brachte aber vor lauter Begeisterung kein Wort mehr heraus und lächelte nur, lächelte so wohlgefällig breit und süßlich, daß es dem Theaterunternehmer selber ganz süß im Mund davon wurde.

„Ich schätze an ihr, eh, eh . . . die Fülle der Gefühle und das Leben der jungen Brust, wenn sie Monologe spricht . . . das lobert, das lobert nur so! Bitte, sagen Sie ihr, daß ich in solchen Momenten — zu allem bereit bin — zu allem . . .“

Eure Erzählung, gerufen Sie gütigst die Antwort zu unterschreiben auf die Eingabe der Polizeiverwaltung von Cherson bezüglich . . .“

Semipalatom erhob sein lächelndes Gesicht und erblickte vor sich den Schreiber Merdajew. Merdajew stand, die Augen weit aufgerissen, ehrerbietig vor ihm und schloß sich an, ihm ein Papier zur Unterschrift zu unterbreiten. Semipalatom runzelte die Stirn: die Poesie war jaft auf ihrem Höhepunkt von der Prosa unterbrochen worden.

„Damit brauchen Sie mit doch nicht gerade jetzt zu kommen,“ sprach er, „Sie sehen doch, ich unterhalte mich. Ein schrecklich unergozenes Volk, ohne alles Jartgefühl. Da, Herr Salamidow — Sie sagten, Kogolische Typen gab' es bei uns nicht mehr . . . und nun bitte hier! Was ist das etwa kein Typus? Schmierig, die Ellbogen durch, schielt . . . hämmt sich nie . . . Und sehen Sie einmal, wie er schreiet! Weiß der Teufel, was das heißen soll! Ungrammatisch schreibt er, ohne alles Verständnis . . . wie ein Schuster! Sehen Sie nur!“

„Ja,“ brummte Salamidow, nachdem er einen Blick aufs Papier gemorfen: „In der Tat . . . Sie lesen wohl nur wenig, Herr Merdajew.“

„So geht das nicht, mein Lieber!“ fuhr der Vorsteher fort, „ich muß mich ja schämen Ihre Wege. Wenn Sie wenigstens lesen wollten, was . . .“

„Lesen macht da viel!“ sprach Salamidow und seufzte ohne jeden erschütternden Grund: „Sehr viel!“ Lesen Sie nur, und Sie werden sofort merken, wie sehr Ihr Gesichtskreis sich weitet. Bücher können Sie ja überall bekommen. Von mir, zum Beispiel . . . Ich bin mit Bergmügen bereit. Gleich morgen bring' ich Ihnen welche, wenn Sie's wünschen.“

„Bedanken Sie sich, mein Lieber!“ sagte Semipalatom. Merdajew verbeugte sich schwerfällig, bewegte die Lippen, brachte aber keinen Ton zustande und ging.

Den nächsten Tag besuchte uns Salamidow in unserer Amtsstube mit einem Bündel Bücher. Und von diesem Augenblick an datiert unser Glend. Niemals wird die Nachwelt Semipalatom sein leichtfertiges Eingreifen verzeihen. So etwas verzeiht man ja schließlich einem jungen Menschen, aber einem alten, erfahrenen Wirklichen Staatsrat — nie.

Kaum war der Theaterunternehmer da, so wurde auch schon Merdajew ins Kabinett gerufen.

„Da, mein Lieber, lesen Sie!“ sagte Semipalatom und reichte ihm ein Buch: „Lesen Sie's aufmerksam . . .“

Merdajew nahm das Buch mit zitternden Händen entgegen und ging zum Kabinett hinaus. Er war bleich. Seine schielenden Augen ließen unruhig umher und schienen bei den Gegenständen rings Hilfe zu suchen. Wir nahmen ihm das Buch ab und blätterten es vorsichtig durch.

Es war der „Graf von Monte Christo“.

„Wider seinen Willen vermagst du nichts,“ sprach seufzend unter alter Buchhalter, Prochor Semjonitsch Budjilda. „Sib dir halt Ruhe, nimm dich zusammen . . . lang vorsichtig an, immer nur ein wenig auf einmal; und derweil vergißt er's wieder, so Gott will, und du kannst es werfen. Sei nur nicht ängstlich . . . Und, die Hauptsache — lies und laß dich nicht ein damit! Alles und laß dich nicht ein auf ihre Geschelheiten!“

Merdajew schlug das Buch in Papier ein und setzte sich hin, um zu schreiben. Aber es ging nicht mit dem Schreiben diesmal. Seine Hände zitterten, und die Augen schielten, eins zur Decke hinauf und das andere ins Tintenfaß. Am anderen Tage kam er mit verweinten Augen ins Amt.

„Biermal hab ich's angepackt,“ sprach er. „Aber verstanden habe ich rein gar nichts . . . lauter ausländisches Zeug . . .“

Fünf Tage später, als Semipalatom durch die Schreibstube ging, blieb er vor Merdajew's Pult stehen.

„Run, haben Sie gelesen?“ — „Jawohl, Erzellenz.“

„Was haben Sie denn gelesen, mein Lieber?“ Run, erzählen Sie mal!“

Merdajew hob den Kopf und bewegte tonlos die Lippen.

„Ich hab's vergessen, Erzellenz . . .“ sprach er endlich.

„Das heißt, Sie haben nicht gelesen, eh — eh — eh . . . oder unmerklich gelesen! Automatisch! Das darf nicht sein! Lesen Sie's noch einmal. Ueberhaupt, meine Herren, empfehle ich's Ihnen. Schreiben Sie zu lesen, alle zu lesen! Nehmen Sie, da von den Büchern bei mir am Fenster! Paramonow, gehen Sie und holen Sie sich ein Buch! Podchodzew, mein Lieber, gehen nur auch Sie! Smirnow — auch Sie! Alle, meine Herren, bitte!“

Alle gingen, und jeder holte sich ein Buch. Nur Budjilda wagte es, zu protestieren. Er fuchtelte mit den Händen, schüttelte den Kopf und sprach:

„Mich aber entschuldigen Sie schon, Erzellenz . . . Lieber geb' ich's Amt auf . . . Ich weiß, was von all diesen Kritiken und Erfindungen kommt. Da ist mein ältester Entel, der heißt nun seine eigene Mutter ins Gesicht eine Narrin, und die ganzen Fasten hindurch schlemmt er Milch. Entschuldigen Sie gütigst!“

„Sie begreifen rein gar nichts,“ sagte Semipalatom, der dem alten Manne all seine Perheiten nachsah.

Aber Semipalatom irrte sich: der Alte begriff's wohl. Nach einer Woche schon nahmen wir die Früchte dieser Leserei wahr. Podchodzew, der den zweiten Teil des „Ewigen Juden“ las, nannte den Budjilda einen Delinquenten; Smirnow begann im angetrunkenen Zustand zum Dienst zu kommen. Auf seinen aber wirkte das Lesen so herbeirend wie auf Merdajew. Er mochte ab, fiel zusammen, fing an zu trinken.

„Prochor Semjonitsch!“ riefte er Budjilda an: „Ewig werde ich Gott für Sie beten! Bitten Sie Seine Erzellenz, daß er's mir

erläßt . . . Ich versteh nicht zu lesen. Tag und Nacht lese ich, ohne zu schlafen, ohne zu essen . . . Meine Frau hat mir vorgelesen und sich halb zu Tode dabei geschunden, aber Gott straf mich, ich kann nichts verstehen. Um Gotteswillen, helfen Sie mir!“

Budjilda erküßte sich mehrere Male, Semipalatom damit zu kommen, aber der winkte nur ab, wollte nichts hören, und hielt uns allen, indem er mit Salamidow durch die Amtsstuben stolzierte, unsere Unbildung vor. So vergingen zwei Monate, da nahm die Geschichte ein Ende mit Schrecken.

Eines Tages kam Merdajew wie gewöhnlich zum Dienst, aber statt sich an sein Pult zu setzen, fiel er mitten in der Amtsstube auf die Knie, fing an zu weinen und sprach:

„Verzeiht mir, rechtgläubige Christen, ich habe Papiergeld gefälscht.“

Kaiser-Wilhelm-Gedächtnispende.



„Na, bringt Ihr mir meine Abfindung?“
„Klar! Wa bringen die Unterschriftenlisten vom Volksbegehren!“

Darauf ging er ins Kabinett, ließ sich vor Semipalatom auf die Knie nieder und sprach:

„Verzeihen Sie mir, Erzellenz; ich habe gestern ein kleines Kind in den Brunnen gemorfen!“

Er schlug den Boden mit der Stirne und schluchzte.

„Was soll das heißen?“ fragte Semipalatom verblüfft.

„Das, Erzellenz,“ sprach Budjilda mit tränenden Augen und trat vor: „Das soll heißen, er ist vom Verstande gekommen! Hinterfonnen hat er sich! Das hat ihr sauberer Salamidow mit seinen Erfindungen angerichtet. Gott sieht und weiß alles, Eure Erzellenz. Wenn Sie's aber nicht hören wollen, so brauchen Sie mich ja nur zu entlassen. Lieber Hungers sterben, als so etwas auf seine alten Tage erleben.“

Semipalatom erblickte und schritt auf und nieder durch die Stube.

„Salamidow wird nicht mehr empfangen,“ sprach er dumpf. „Und Sie, meine Herren, beruhigen Sie sich. Ich sehe jetzt meinen Irrtum ein. Ich danke dir, Alter!“

Und von da ab gab's bei uns dergleichen nicht mehr. Merdajew erhobte sich zwar wieder, aber etwas blieb doch nach. Heute noch fängt er an zu zittern und wendet sich ab, wenn er ein Buch sieht.

(Aus der Sammlung „Russische Erzähler“, übersetzt und herausgegeben von Leopold Weber, mit besonderer Genehmigung des Kunstwart-Berlages Gotta D. S. Calwen, München, entnommen.)

Nächtliche Heimfahrt.

Von Trude E. Schulz.

Die Uhr an der Untergrundbahn zeigt kurz vor Mitternacht. Müde und fröstelnd warte ich auf den Zug. Mein Gehirn nimmt sich rask ein bißchen der Nachtruhe vorweg, auf die es noch eine ganze Weile warten muß.

Dann steigt ich ein — vornehm, zweiter Klasse. Das darf man sich aber nach zunjehntstündiger Arbeit schon leisten, besonders, wenn man noch einen dreiviertelstündigen Heimweg vor sich hat. Die roten Pflster nehmen mich freundlich auf. Ich lehne mich bequem in eine freie Ecke, und während meine Augen mechanisch die übrigen Anwesenden registrieren, verarbeite mein Kopf die Reden, die ich eben in der Versammlung hörte. Zu Hause werde ich dann nur noch den Bericht niederschreiben haben.

Aber die Mitfahrenden sind nicht nur da, sie sind auch laut. Es ist ja immerhin ein erfreuliches Zeichen, daß fast alle lachen. Meine beiden Nachbarn zum Beispiel über die großartig komische Rede, die der X., mit dem sie wahrscheinlich eben zusammen waren, gehalten hat über das Thema: „Soll man Damen in der Bahn (einen Platz anbieten, wenn sie jung oder alt, häßlich oder häßlich, einfach oder elegant angezogen sind)?“ Der X. meinte, daß man es nie tun solle, daß man sich aber jedesmal auf andere Weise drum drücken müsse. Die Beiden finden das famos und lachen recht herzlich darüber. Ich bin wohl zu müde dazu.

Wir gegenüber sitzen zwei Damen, auf die es zwerchfellerschütternd wirkt, daß jemand die Schnitzel nicht in reiner Butter bratet. „Talg war es, Talg,“ schluchzt die eine lachend und wirt den Kopf beinahe auf die Knie. Und außerdem ist es sehr erheitend für sie, daß die Tanti immer wieder „Krepp marokeng“ mit „Krepp georgette“ verwechselt. Toni ist eben incredibly dumm.

An einer Haltestelle steigt ein Pörschen aus: er ist eine Eleganz, sie hüßig gepulst, sehr jung und so betrunken, daß sie von ihm wie ein Kleiderbündel geschleift werden muß.

„Die bringt er jetzt — nach Hause,“ sagt eine Freundin mit Betonung und stößt ihren Freund mit dem Eisenbogen. „Morgen früh wird sie sich schon wundern, tüchtig der frühlich, und dann ziehen wie auf Verabredung beide ihre Taschenspiegel heraus und betrachten sich sehr andächtig darin.“

Und während ich das alles halb wachend und halb träumend sehe und höre, fällt mir ein Satz ein, den eben eine Verammlungsrednerin sprach. „An dem Krankenbette lag in der Kinderabteilung für Geschlechtskrankheiten ein hübsches Kind ohne jedes Zeichen der Krankheit. Aber als wir fragten, ob das Kind nur deshalb hier sei, weil seine Eltern und Geschwister wegen Geschlechtskrankheit im Krankenhaus wären, bedachte der Arzt das Bett auf. Da sahen wir,

daß das Kind nur auf dem Bauche liegen konnte; Rücken und Gesicht waren von der Krankheit bereits völlig zerstört.“ Ich begreife augenblicklich den graulichen Sinn nicht; nur als grammatisches Gebilde memoriert mein Gedächtnis den Satz, genau so halbbewußt, wie ich augenblicklich sehe und höre. Aber dann, ganz jäh, erfasse ich seinen Inhalt.

Und nun höre ich das Kind, nein, Kinder stöhnen, die mit furchtbaren Krankheiten behaftet sind, sehe andere sich schlaflos vor Hunger auf engen Lager wälzen, denke, daß vielleicht gerade jetzt in einem feuchten, überfüllten Kellerloch wieder ein neues Weien in die Welt tritt. Und vielleicht ist, wie auf dem Zille-Bild, eine andere Mutter, bei der es bald wieder so weit ist, mit dem Vorjahrligen unterwegs, nach dorthin, wo es doch nicht so kalt sein kann, da ja die Fische das ganze Jahr dort leben. Argendwo zieht vielleicht auch ein Mensch eben gedankenvoll einen festen Strich durch die Hand, und wartet dann noch bis morgen, bis nach dem Arbeitsnachweis, weil er noch ein letztesmal auf „das Glück“ hofft.

Das ganze Grauen der Welt ist auf mich losgelassen, ist gegenwärtig, als Wahrheit, nicht mehr als Traum. Nur die Menschen, die um mich herumstehen, sind schmerzhaft geworden, aber auch sie sehe und höre ich noch klar und deutlich, wenn auch nur im Unterbewußtsein.

Diese Stunde ist stärker als ich. Was wir am Tage totarbeiten und totfragen oder totzerzählen und totschwätzen, um nicht mahnsinnig zu werden, zwingt sie mich zu begreifen, hier in meiner räten Polsterede, die mich jetzt wie ein Schraubstod festhält. Ich sehe durch eine gläserne Welt Verbindungslinien gezogen zwischen scheinbar zusammenhanglosen, und ich muß, muß sie sehen, kann sie nicht, wie bei der täglichen Zeitungslektüre, von der nächsten seiten Ueberschrift verdeckt lassen.

Meine Fahrt ist lang. Immer Neues wird lebendig, und ich kann mich nicht betrogen, daß das Grauen, das ich durchlebe, nur ein Mitternachtspuk sei.

„Umsteigen!“ ruft der Schaffner. Argendwie wird das Bewußtsein in mir ausgelöst, daß ich hier aus dem Zug heraus muß. Meine Beine schreien beim Aufstehen Blei. Das Innere des Wagens ist etwas ähnliches wie ein Bilderbogen. Das Pärchen sitzt schon wieder oder noch immer mit den Taschenspiegeln in der Hand.

Der Tanz in der Sahara.

Von Heinz Siepmann.

Ueber die Sahara heult der Samum, der glühende Wüstenwind. Der Scheich Akbar ibn Said jagt über die Ebene, sein Kamel schreit, lauter als der Sturm, der von ferne naht; der Geifer spritzt beiden aus dem Munde. Der Mann schlägt sinnlos mit den Fäusten auf das schreiende Tier; das Kamel rennt, rennt, stolpert, stürzt, der Mann in hohem Bogen über dasselbe in den Sand, etwas Weißes, Kleines fliegt mit — — Der Mann redt sich noch einmal in die Höhe; da steht er, wie eine riesige, zum Himmel gierende gelbe Wand den Samum vor, neben, über sich, es donnert und schlägt, reißt ihn nieder, läßt ihn ersticken gurgeln, — vorbei.

Nach einer halben Stunde scheint die Sonne wie stets auf das endlose totenstille Sandmeer. Unter dem Sand ruhen Mann und Kamel. Alles ist leer, alles? Da regt sich ein weißer Fleck, ein weißes Tuch, ein weißes Kleid um einen schmalen braunen jungen Körper.

Das ist ein Mädchen aus einem Araberstamme im Norden. Sie hat keine Eltern, man weiß nicht einmal ihren Namen und nennt sie „Pilota“, die „Schwächlinge“, man braucht sie zum Flechten der Matten und zum Wasser schöpfen. Eines Tages kam der Scheich Akbar ibn Said mit seinem Stamm aus dem Süden. Es begann ein furchtbarer Kampf um die Oale an den „sechs Dattelpalmen“, schließlich zog Akbar ibn Said weiter, verlangte aber als Friedeupfand die kleine Pilota, und man gab sie ihm, froh, des stärkeren Gegners ledig zu sein.

Der wilde Scheich Akbar ibn Said nahm Pilota vor sich auf sein Kamel; 12 Tage lang ritten sie und noch hatte er kein Wort zu ihr gesprochen. Dann trennte er sich eines Abends von seinem Stamm und ritt ein Stück in die Wüste. Als er seine Kameraden nicht mehr sehen konnte, flogen sie ab, und der Scheich Akbar ibn Said zwang das Mädchen, vor ihm im glühenden Wüstenland den „Tanz an die Sonne“ zu tanzen. Da tanzte die kleine braune Pilota mit bloßen Füßen und Armen den „Tanz an die Sonne“, und löste ihre schwarzen Haare, und die Spange ihres Kleides flirrte im Rhythmus der Bewegung. Sie vergaß den Mann und ihre Not, sie tanzte nur inbrünstig und schön und dachte an nichts als an die Oale an den „sechs Dattelpalmen“. Er aber glogte auf sie, die Finger trampften sich und sein Atem ging schwer.

Und plötzlich hebt sie die Augen, und sieht ihn, und schreit, und hebt weiter die Augen, und sieht eine kleine gelbe Wolke am Horizont und weiß: Das ist der Samum, der glühende Wind der Wüste, der alles erschlägt und gleich begräbt, und fährt wieder.

Da sieht Scheich Akbar ibn Said die Wolke auch; er wird bleich, stürzt zu dem Kamel, wirft die kleine Pilota auf den Hals des Tieres, springt ihm auf den Rücken und —

Run liegen schwere Massen Sandes auf dem Scheich Akbar ibn Said und dem Kamel, und die kleine braune Pilota steht allein und einsam mit wirren schwarzen Haaren, bloßen Füßen und Armen in der riesigen gelben Flut und tanzt mit ergebenem Köpfchen und gesenkten Knieen. Sie tanzt den „Tanz an die Sonne“. Viele, viele Male. Bis sie dann hinsinkt, und die Geier und die Hyänen kommen und immer näher und näher kreisen.

Viel später fand man ihr Skelett, und noch heute singt man in den nordarabischen Oasen in einer uralten monotonen Melodie nachts, wenn die Feuer loden und alles vor den Felsen träumt, von dem „Tanz an die Sonne“ der kleinen braunen Pilota.

Wieviel Pole gibt es? Es handelt sich nicht um den alten Mythos, daß außer dem Nord- und Südpol auch in Thüringen noch „a Pol da“ (Wopoda) sei, sondern um die Tatsache, daß es auf der nördlichen Hemisphäre tatsächlich fünf Pole von größter Wichtigkeit gibt. Da ist außer dem eigentlichen geographischen Pol zunächst der „Kältepol“.

Er liegt weit entfernt vom geographischen Nordpol in dem sonst unbewohnten Ort Wercholanin in der Provinz Jakussk in Zentral-Sibirien, wo die tiefsten Temperaturen bis zu mehr als 60 Grad Celsius unter Null beobachtet wurden. Trotz dieser niedrigen Wintertemperaturen gibt es in seiner Umgebung Wälder, auch läßt der kurze aber warme Sommer den Anbau von Getreide zu. Daneben gibt es den „Magnetischen Nordpol“, ungefähr 2 200 Kilometer südlich vom geographischen Nordpol in etwa 70 Grad nördlicher Breite. Er wurde 1831 von Ross am Westrande der Halbinsel Boothia entdeckt, nahe der Südgrenze des arktischen Archipels. Dann gibt es jenen wichtigen Punkt, den man den Windpol der nördlichen Arktis nennen könnte. Er ist zwar noch nicht definitiv festgelegt, doch ist er zweifellos auf Grönland zu suchen, das einen Mittelpunkt der atmosphärischen Vorgänge und Störungen im Nordpolargebiet darzustellen scheint. Endlich ist noch der Eispol oder „Pol der relativen Unzugänglichkeit“ zu nennen. Die letztgenannte Bezeichnung stammt von dem Forscher Stephansson, der 1920 in einer Veröffentlichung der Amerikanischen Geographischen Gesellschaft einen überaus interessanten Artikel: „Das Gebiet der größten Unzugänglichkeit in der Arktis“ veröffentlichte. Stephansson legte diesen Punkt dadurch fest, daß er das Gebiet, bis zu dessen Grenze Schiffe vorgebrungen sind, in der Karte eingetragen hat und durch Einzelmessungen von Linien in gleichen Abständen innerhalb dieses Gebietes schließlich zu einem Punkt gelangte, der dann allen bisher erreichten Stellen am weitesten entfernt ist, und infolgedessen sehr wohl als Pol der größten Unzugänglichkeit bezeichnet werden kann.

